

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführer: Wal-
ler Harenberg Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr
Fernsprecher (04 bl) 2 67 05 Außerhalb der Geschäftszeit (04
61) 5 57 06

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen
usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500
50) Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)
Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
40 Jahre Grenzfriedensbund.....	184
<i>Fr. Rudbeck</i> Grenzverbände in heutiger Zeit.....	191
KZ Ladelund - ein Thema der Grenzfriedenshefte.....	196
<i>Johannes Tucheï</i> Konzentrationslager in Deutschland 1933 bis 1945....	198
<i>Jörn-Peter Leppien</i> Ladelund - Stätte historisch-politischer Bildung.....	205
<i>Dieter Lohmeier</i> Festmusik der Renaissance.....	210
Umschau ab Seite 215	

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:
Dr. Jörn-Peter Leppien, Am Burgfried 10, 2390 Flensburg Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 2390 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Druck: Harry Jung - 2390 Flensburg

40 Jahre Grenzfriedensbund

Im Rahmen eines Empfangs im Deutschen Haus in Flensburg gedachte der Grenzfriedensbund seines 40-jährigen Bestehens. Viele Gäste aus dem ganzen Lande waren erschienen, um uns Glück zu wünschen und Mut zu machen zur Fortsetzung unserer Arbeit. Nach der Begrüßung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hay richteten Alfred Schulz, Landtagsvizepräsident, Dr. Gernot Korthals, Vorsitzender des Deutschen Grenzvereins und Heinrich Schultz, Vorsitzender von Sydslesvigsk Forening, Grußworte an die Festversammlung, in denen sie ihrer Gratulation Worte der Anerkennung für die deutsch-dänische Verständigungsarbeit des Grenzfriedensbundes hinzufügten. Die Rede der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Frau Marianne Tidick, geben wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung im Wortlaut wieder:

Meine Damen und Herren!

Im Namen der schleswig-holsteinischen Landesregierung grüße ich Sie alle herzlich.

Ministerpräsident Engholm hat in seiner Regierungserklärung vom 28. Juni 1988 das Zusammenleben von Deutschen und Dänen südlich und nördlich der Grenze als ein gelungenes Modell für den internationalen Maßstab gewürdigt und seine Unterstützung zugesagt. Und ich denke, das kann der Ministerpräsident, das kann auch ich so sagen, weil es europaweit anerkannt ist.

In einer Zeit, in der Feindbilder mehr und mehr verschwinden, Nachbarschaften zwischen Staaten und Völkern zu Partnerschaften werden und Europa sich zu einer "grenzenlosen" Gemeinschaft entwickelt, bleibt die Frage nach der nationalen Identität und damit auch nach der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland dennoch aktuell.

Selbst wenn man das heutige deutsch-dänische Zusammenleben als beispielhaft erkennt: Das friedliche Miteinander von Deutschen und Dänen im Grenzland ist bis heute keine Selbstverständlichkeit, sondern bleibt eine ständige Aufgabe für uns alle; denn die Spuren vergangener Konflikte haben sich tief in die Erinnerung der Menschen dieses Grenzlandes eingegraben.

Wir haben zudem in anderen Teilen Europas (Jugoslawien, Rumänien, Spanien, UdSSR), in Afrika und Asien die latenten und offenen Nationalitätenkonflikte dauernd vor Augen. Nun ist der aufkeimende, aufflammende Nationalismus in Teilen Osteuropas nach langer stalinistischer Unterdrückung erklärlich - den-

noch ist die Wucht, die Gewalttätigkeit bedrückend, und sie hindert uns auch hier, sorglos zu werden.

Auch im Rahmen des deutsch-deutschen Einigungsvertrags haben wir hier weiter an politischen Lösungen gearbeitet: Die Rechte der Sorben, der Friesen und der dänischen Minderheit sollen im Grundgesetz verankert sein.

Oft ist bei politischen Lösungen eine Annäherung der verschiedenen Sprach- und Kulturgruppen zu erkennen. Diese Annäherung als Ausdruck demokratischer Grundwerte verlangt aber von der Mehrheit die Bereitschaft, sich auf kulturellen Austausch im Geben und Nehmen einzulassen, aktive Toleranz zu üben und politische und soziale Chancen zu gewährleisten - kurz: Partnerschaft zu üben. Auf dieser Basis setzen die deutschen und dänischen Grenzverbände mit ihrer Arbeit an:

Sie unterstützen die Verbindung aus dem jeweiligen Mutterland über die Grenze hinweg zu den Minderheiten; sie helfen unermüdlich - und dies zumeist ehrenamtlich -, die Erklärungen von Bonn und Kopenhagen aus dem Jahre 1955 umzusetzen; sie sorgen sich ganz praktisch um das "Wie" des Neben- und Miteinanderlebens von Deutschen und Dänen; sie legen dar, daß die Grenze nicht Trennlinie, sondern Vereinigungslinie ist, denn sie gehört ja beiden Völkern; sie gestalten Europa, indem sie das deutsch-dänische Modell mit Leben erfüllen.

Als vor 40 Jahren der Grenzfriedensbund gegründet wurde, geschah dies in einer Zeit, als die ungehinderte Entfaltung der Minderheiten auf kirchlichem, sozialem, kulturellem, politischem und erzieherischem Gebiet noch nicht selbstverständlich war.

Vielmehr erfolgte die Gründung nach einem runden Jahrhundert (1848 -1945) der Dissonanzen, Differenzen und Kämpfe im deutsch-dänischen Verhältnis. Der Grenzfriedensbund wollte als deutscher Grenzverband den Kontakt mit den dänischen Nachbarn stärken. Er wollte und will deutsche Kulturarbeit in europäischem Sinne leisten, und er hat durch seine Arbeit mit dazu beigetragen, daß aus der Nachbarschaft eine Partnerschaft wurde, die beide Kulturen befruchtet und bereichert.

Hervorzuheben ist, daß der Grenzfriedensbund sein Programm - Wahrung der deutschen Identität einerseits und Verständigung über die Grenze hinweg andererseits - als Angebot an alle sieht. Die Grenzfriedenshefte, die Vortragsveranstaltungen und die Informationsfahrten in das Land beiderseits der Grenze stärken das Bewußtsein von der besonderen Situation in diesem Land.

Gleichzeitig bewirkt der Grenzfriedensbund durch seine Sozialarbeit im Jugend- und Familienbereich, daß in vielen Einzelfällen auf die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben nicht verzichtet werden muß.

Dies ist ein Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in einer unge-

wöhnlichen Bevölkerungsstruktur, der nicht unterschätzt werden darf. Und weil eine Bevölkerungsstruktur sich nicht von heute auf morgen ändert, werden die Grenzverbände weiterhin ein reiches Betätigungsfeld haben. Ich wünsche dem Grenzfriedensbund für die Zukunft, daß er weiter so kraftvoll das gute Zusammenleben von Deutschen und Dänen im Grenzland fördern kann - und gleichzeitig aus dem Erfolg seiner Arbeit und der Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur die dafür notwendige Kraft schöpft. Auch in einer Welt der "stetigen Aufhebung von Grenzen" bleibt für den Grenzfriedensbund noch genug zu tun.

Artur Thomsen, Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, hielt nach den Grußworten folgende Ansprache:

Meine Damen und Herren!

Im deutsch-dänischen Grenzland zwischen Königsau und Eider herrschen friedliche, gut nachbarliche Verhältnisse. Deutsche und Dänen leben in beiden Staaten als Mehrheit oder Minderheit, und die Mehrheiten haben längst aufgehört, den Minderheiten das Leben schwer zu machen. Beide Staaten sind demokratisch verfaßt, beide respektieren nicht nur die Menschenrechte im allgemeinen, sondern auch das besondere Recht des einzelnen, sich zu einem Volk, zu einer Sprache, zu einer Kultur zu bekennen und sich dazugehörig zu fühlen, ohne deshalb von irgendeiner Seite Kritik befürchten zu müssen. Die Staatsgrenze, 1920 gezogen und anfangs von beiden Seiten nicht als endgültig akzeptiert, wird schon lange nicht mehr in Frage gestellt, sie ist heute in beiden Richtungen praktisch offen; der Paßzwang besteht nur noch pro forma. Die Grenze ist nicht mehr ein Trennstrich, der abschottet, Distanz schafft, Austausch verhindert, sondern sie wird immer mehr eine Linie, die nach Norden und Süden einen Raum erschließt, den Grenzraum nämlich, in dem sich Deutsche und Dänen zu einem Leben miteinander treffen, wo sie sich begegnen, hier als Mehrheit, dort als Minderheit. Das Wort "Grenze" bekommt wieder etwas von seiner ursprünglichen, aus dem Slawischen stammenden Bedeutung, nämlich nicht Linie oder Strich, an dem Verschiedenartiges aufeinanderprallt, sondern (wie das deutsche Wort Mark) der Raum, in dem sich Unterschiedliches trifft, begegnet, ja sich gegenseitig durchdringt, bereichert, befruchtet. Der Grenzraum als eine Zone des Übergangs, in dem Umgang miteinander gepflegt wird; mit diesen Worten - scheint mir - wird zutreffend geschildert, wie es heute in Nord- und Südschleswig zugeht. Wenn es noch aktueller Belege bedarf, die dieses bestätigen, will ich nur auf die Tatsache hinweisen, daß die Minderheitenrechte in Schleswig-Holstein Verfassungsrang bekommen haben, ja daß eine schleswig-holsteinische Initiative im Bundesrat darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige

Verankerung auch in einem neuen deutschen Grundgesetz zu sichern.

Der heutige Zustand ist das Ergebnis der Bemühungen vieler Leute in beiden Völkern, die sich nach dem zweiten Weltkrieg für die Befriedung des Grenzlandes eingesetzt haben. Am Anfang waren es noch wenige, aber es wurden immer mehr, die die Vernunft und Menschlichkeit einer Befriedungspolitik nicht nur erkannten, sondern auch bereit waren, sich persönlich dafür einzusetzen. Zu denen, die früh damit begannen, gehören die Gründer des Grenzfriedensbundes in Husum im März 1950. Namen wie Jens Nydahl, Paul Dölz, Ernst Beier, Franz Osterroth, Detlef Hansen, Ernst Harms und Hans Peter Johannsen stehen unter der Gründungsurkunde. Diese und andere Männer und Frauen setzten in den Jahren der nationalen Auseinandersetzung, ja des "Grenzkampfes", wie es damals immer noch hieß, ein deutliches Zeichen für Verständigung und Befriedung; und sie hatten begriffen, daß ein solches Zeichen von Deutschland und von den Deutschen ausgehen mußte; denn von uns war auch der Unfriede, war der Krieg ausgegangen. Es gab viele Spannungen damals, viel Skepsis, viel Mißtrauen, übrigens nicht nur seitens der Dänen, sondern auch zwischen deutschen Gruppierungen. War es nicht angesichts des totalen Zusammenbruchs und der vollständigen Niederlage des Deutschen Reiches richtig, wenigstens das zusammenzuhalten, was nicht durch den Kriegsausgang schon verloren war? Vielleicht haben solche Gedanken nationale und konservative Kreise auch hier an der deutsch-dänischen Grenze bewegt.

Aber war es nicht auch richtig, nach der wohl endgültigen Katastrophe deutscher Machtpolitik sich völlig neu zu besinnen, anstatt über Nachbarn herrschen jetzt mit ihnen leben zu wollen? Dazu hat der Grenzfriedensbund seine Hand gereicht. Dazu hatte die Kieler Erklärung des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Landesregierung im Jahre 1949 den Weg gezeigt. Skepsis und Mißtrauen uns gegenüber legten sich, wenn auch erst allmählich; nicht nur die anderen Grenzverbände akzeptierten den Grenzfriedensbund, auch die dänische Seite faßte Vertrauen. Detlef Hansen, Vorsitzender und geschäftsführender Vorsitzender bis 1958, vor allem warb in Aufsätzen und Vorträgen unermüdlich für unser grenzpolitisches Konzept. Jens Nydahl setzte seinen Vertrauensbonus in Nordschleswig und in Kiel ein. Ernst Beier war der Mann aus der Arbeiterschaft, der als stellvertretender Vorsitzender, vor allem aber als Redakteur der Grenzfriedenshefte unentbehrlich wurde und es sehr lange blieb. Eine Zeitlang war sogar der frühere Ministerpräsident Bruno Diekmann Vorsitzender. Und später übernahm Hans Peter Johannsen, ein weiterer Nordschleswiger, die Regie, der das Bodenständige einheimischen Bauerntums, aus dem er stammte, zu verbinden wußte mit der Weitsicht des literarisch gebildeten und kenntnisrei-

chen Stadtbürgers. Schon Dr. Johannsen war auch im Vorstand des Deutschen Grenzvereines, ich war das auch und bin darüber hinaus im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig. Das soll heißen und zeigen, daß die deutschen Grenzverbände sich nicht nur keine Konkurrenz mehr machen, sondern sich vernünftigerweise gut vertragen. Es hat in all den Jahren, und nicht nur am Anfang, natürlich Blessuren gegeben, Äußerungen, die zu Mißdeutungen Anlaß gaben, unglückliche oder mißlungene Aussagen und scharfe Reaktionen darauf; das ging hinüber und herüber, und es reicht bis in unsere neuere Zeit. Auch ich bin davon betroffen und habe gewiß auch manchmal überreagiert. Dennoch ist, wie anfangs geschildert, an der deutsch-dänischen Grenze ein Klima guter Nachbarschaft entstanden, das es wert ist, weiter gepflegt und verbessert zu werden. Der Grenzfriedensbund hat das ganz gewiß nicht alleine gemacht; das hätten wir wohl auch nicht geschafft; aber er ist dabeigewesen, er hat dazu beigetragen; und der Grenzfriedensbund gehört zu den ersten, die den Weg der Verständigung beschritten haben. Darüber freuen wir uns heute.

Nun ist es jedoch keineswegs so, daß wir alle heute die Hände in den Schoß legen könnten, so, als wäre alles für immer bestens geregelt. Im Gegenteil! Gerade jetzt, wo die Deutschen die ganz unerwartete Chance haben, ihre staatliche Einheit wiederherzustellen, gibt es wieder skeptische Fragen unserer Nachbarn, was wir denn wohl diesmal daraus machen werden. Wird Deutschland noch einmal, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert, den Frieden bedrohen und schließlich zerstören? Das fragen sich gewiß auch manche Dänen, die natürlich die deutsche Besetzung ihres Landes 1940 nicht vergessen haben. Als Deutschland geteilt war, waren wir die "besten" Europäer und wollten das sein. Werden wir als 80-Millionen-Volk in der Mitte Europas wieder "Deutschland, Deutschland, über alles!" singen und denken? Wer verstünde diese Sorge nicht, wenn sie von Polen und Russen, von Holländern, Belgiern und Franzosen, von Dänen und Norwegern vorgebracht wird?! Sie alle und andere Völker auch haben in diesem Jahrhundert mit uns nun einmal keine guten Erfahrungen gemacht. Dennoch bin ich fest überzeugt: Nicht nur die Zeiten sind anders, auch die Deutschen sind anders als 1914 oder 1933. Als ich 17 Jahre alt war - das war 1944 - meldete ich mich voller Begeisterung freiwillig für Hitlers Krieg; als mein Sohn so alt war - das war 1987 - diskutierte er mit mir über Kriegsdienstverweigerung, und heute leistet er seinen Zivildienst ab. Das soll nicht heißen, daß Wehrdienstleistende friedensbedrohend sind; aber es soll wohl heißen, daß dieses falsche vaterländische Pathos, zu dem wir noch erzogen wurden, heute nicht mehr zieht. Die jungen Leute - jedenfalls die meisten - sind nüchterner, gelassener, offener und friedfertiger als die meisten von uns es damals waren.

Und das gibt mir Hoffnung. Eine neue deutsche Großmacht, die womöglich wieder den Nachbarstaaten ihren Willen aufzuzwingen versucht, das ist doch nur in einigen verblendeten Gehirnen noch eine Zielvorstellung, allerdings eine, von der wir auch diese wenigen noch abbringen sollten. Deutschland kann mit seiner Sprache, Kultur, Dichtung, Musik, mit seiner Wirtschaftskraft, seiner technischen Intelligenz, mit seiner Lage mitten in Europa zwischen allen anderen Völkern ein Land der Begegnung und der Vermittlung sein, ein Partner bei der Lösung europäischer und weltweiter Probleme, ein großes Volk, das Frieden hält und Frieden stiftet und niemanden bedroht. Das ist eine Vision, die sicher nicht nur ich habe, sondern wahrscheinlich die meisten Deutschen, die jetzt in wenigen Wochen in einem Staat leben werden. Sollen, dürfen wir uns denn nicht darüber freuen?! Das werden auch unsere dänischen Nachbarn verstehen, wenn sie an 1920 und ihren Abstimmungserfolg in Nordschleswig denken. Freuen wir uns doch vor allem deshalb, weil diese neue deutsche Einheit ohne Krieg, ohne Blutvergießen zustandekommt, daß sie von dem friedlichen Protest der DDR-Bürger gegen ein politisch abgewirtschaftetes System ausgeht. Die Zeit war reif; und niemals sind Nachkriegsordnungen friedfertiger zu den Akten der Geschichte gelegt worden. Deutschland befindet sich nicht in einem neuen Aufbruch zu neuer Macht und Größe, auch wenn es größer und in Zukunft auch wirtschaftlich stärker werden wird. Die Zukunft der Völker liegt nicht in der Macht von Nationalstaaten, die über andere zu herrschen trachten. Um Macht und Größe geht es überhaupt nicht mehr, sondern um die Fähigkeit, die Probleme der Menschheit weltweit zu lösen: und da sind schon Erdteile kleine Einheiten. Die Welt wächst als Aktionseinheit zusammen. Und dazu wollen wir Deutsche nach unseren Kräften unseren Beitrag leisten.

Das ist die im Kern andere Situation, verglichen mit 1914 oder 1939, als es dem Kaiser bzw. dem sogenannten Führer um Vormacht oder gar um Herrschaft in Europa ging. Heute geht es um Zusammenarbeit, um Integration, und wir werden als geeintes Volk nicht vergessen, daß wir das in der Bundesrepublik seit 1949 gewollt haben.

Wenn in den deutschen Nachbarländern, auch in Dänemark, jetzt gelegentlich skeptisch gefragt wird, wie die Deutschen wohl mit ihrer wiedergewonnenen Einheit umgehen werden, geschieht das aus der Erinnerung und aus der Erfahrung mit dem Deutschen Reich. Das aber gehört der Vergangenheit an. Wir sollten geduldig um Vertrauen werben, und wir sollten vertrauenswürdig reden und handeln. Wir müssen aber natürlich auch aufpassen, daß in unserem Volk nicht wieder falsche Ziele aufgestellt werden, daß nicht hier und da genau das wiederholt wird, worüber die Geschichte längst gerichtet hat. Wir haben viele

Gründe, die deutsche Einheit nicht nur zu bejubeln, sondern sie mit aller Sorgfalt zu gestalten. Aber freuen denke ich, dürfen wir uns darüber. Es ist das Normalste und Natürlichste, daß ein Volk in einem Land zusammenzuleben wünscht. Das muß und darf niemanden mißtrauisch machen; und das werden gerade unsere dänischen Nachbarn auch gut verstehen. Der 3. Oktober 1990 soll gewiß kein Tag nationalen Überschwangs werden; das wäre ganz falsch. Aber er soll und darf ein Tag herzlicher Freude darüber werden, daß die Teilung Deutschlands überwunden ist, daß wir Deutsche wieder in einem geeinten Land in der Mitte Europas leben, in einem Land, das Partner aller seiner Nachbarn und Begegnungsland für alle Europäer sein will. Das halte ich für ein Ziel, für das es sich lohnt, zu leben und zu arbeiten.

Der Grenzfriedensbund hat nur an einer der vielen deutschen Grenzen eine Aufgabe zu erfüllen. Vielleicht ist das etwa an der Grenze zur Tschechoslowakei oder an der neuen Grenze zu Polen noch schwerer als hier; das will ich gar nicht abwägen. Wir freuen uns jedenfalls, daß zum 40-jährigen Geburtstag unserer Organisation gesagt werden kann, daß es um die deutsch-dänische Nachbarschaft besser steht als vor 40 Jahren. Dazu wollten wir einen Beitrag leisten. Gleichzeitig wollten wir der deutschen Bevölkerung, insbesondere dem wirtschaftlich schwächeren Teil, helfen, ihr nationales Bekenntnis nicht aufzugeben. Erhaltung und Stärkung des Deutschtums, Verständigung und gute Nachbarschaft mit der dänischen Bevölkerung des Grenzlandes, das war immer und ist noch heute unser Programm.

Ich danke allen, die uns darin unterstützt haben, dem Landtag und der Landesregierung, den Grenzverbänden auf beiden Seiten der Grenze, der Arbeiterwohlfahrt, den kommunalen Gremien in Städten, Kreisen und Gemeinden und den vielen Mitgliedern des Grenzfriedensbundes, die uns meist über Jahrzehnte die Treue gehalten haben.

Vielen Dank!

Grenzverbände in heutiger Zeit

Der frühere Landessekretär von Dansk Grænseforening nimmt im folgenden zu der immer wieder gestellten Frage Stellung:

Was sollen wir eigentlich mit den Grenzverbänden in einer Zeit, wo man nicht länger von Grenzkampf, sondern mehr von der Überbrückung und dem Abbau der Grenzen spricht? Die letzten 35 Jahre haben deutlich gezeigt, daß im Zuge der gegenseitigen Harmonisierung und der zunehmenden Unterstützung der Minderheiten von seiten der Herbergsstaaten die hauptsächlichen Aufgaben der Grenzverbände völlig verändert sind.

Nach Abschluß des ersten Weltkrieges entstanden überall, wo bisher deutsche Gebiete als Folge des Friedensvertrages von Versailles an Nachbarstaaten abgetreten wurden, deutsche Minderheiten, denen schon die Weimarer Republik ihre Unterstützung zusagte. Der VDA, Verein für das Deutschtum im Ausland, erhielt die besondere Aufgabe, diese Minderheiten finanziell und politisch zu unterstützen. Aber auch innerhalb der neuen Republik gab es Minderheiten, die Polen im Osten und die Dänen im Norden.

In Dänemark fing eine Art Minderheitenbetreuung schon bald nach dem verlorenen Krieg 1864, mit zwar inoffiziellen, aber doch ziemlich wirkungsvollen Mitteln an. Diese Unterstützung ging hauptsächlich an die dänische Bevölkerung in Nordschleswig. Es waren deshalb auch nach Dänemark ausgewanderte oder ausgewiesene Nordschleswiger, die schon vor über 100 Jahren die ersten nationalen Vereine bildeten. Überall im Lande entstanden Sønderjydske Foreninger, die mit der Zeit auch andere an Grenzlandfragen Interessierte als Mitglieder aufnahmen. Schon 1888 schlossen die verschiedenen Ortsvereine sich zu einem gemeinsamen Verband "De samvirkende Sønderjydske Foreninger" zusammen, der als volklicher Kontakt über die Grenze diente, bis der Grenzstreit nach dem ersten Weltkrieg den Verband aufspaltete. 1920 wurden die einzelnen Vereine von Grænseforeningerne, dem heutigen dänischen Grenzverband, übernommen.

Der Streit um die Grenze 1918-20 weckte auch in Schleswig-Holstein neue Kräfte. Der Deutsche Ausschuß und der Schleswig-Holstein-Bund wurden zum Gegenspieler der als sehr dominierend angesehenen Stütze der dänischen Minderheit in Südschleswig, und man versuchte, den neu gebildeten dänischen Organisationen und Schulen in Schleswig das Leben schwer zu machen.

Gleichzeitig kam als neue Aufgabe hinzu, dem Deutschtum im abgetretenen Nordschleswig eine wirksame Stütze zu geben.

Der Kampf um die Grenze ging aber weiter. Bis 1940 hielt sich der Wunsch nach einer neuen Grenze an der Königsau; sollte sich das im Hinblick auf die kompakte dänische Mehrheit in den nördlichen Gebieten als unmöglich zeigen, dachte man an die sogenannte Tiedje-Linie, um damit Gemeinden und Städte, die 1920 oder später eine deutsche Mehrheit hatten oder mindestens über große deutsche Minderheiten verfügten, wieder nach Deutschland zurückzuführen.

Viele von uns erinnern sich noch dieser Kampfzeit, die besonders nach 1933 hoch aufloderte und deshalb zu einem kräftigen Gegenspiel dänischerseits in Nordschleswig führte. Als einzige Versailles-Grenze blieb die deutsch-dänische Grenze unangetastet, und das änderte sich auch nicht mit der deutschen Besetzung ganz Dänemarks im April 1940.

Völlig veränderte sich die Lage nach dem deutschen Zusammenbruch 1945. Wenn auch das offizielle Dänemark in der Regierungserklärung vom 9. Mai 1945 die Grenze als festliegend bezeichnete, gingen die Wünsche vieler in der Bevölkerung viel weiter. Der Südschleswig-Ausschuß vom 5. Mai, Sydslesvigsk Udvalg af 5. Maj 1945, zeigte sich hier als treibende Kraft. Grænseforeningen sah sich bald mit sehr großen humanitären und kulturellen Aufgaben konfrontiert, um den Wünschen der immer stärker wachsenden dänischen Minderheit nachzukommen. Da Grænseforeningen auch Mittel des dänischen Staates betreute, hielt man sich hier an die Richtlinien, die Grænseforeningens langjähriger Vorsitzender Holger Andresen schon früh aufstellte, nämlich die Minderheit kulturell zu unterstützen und zu stärken, aber sich nicht auf politische Abwege einzulassen.

Das starke Anwachsen der dänischen Minderheit, auch politische Unsicherheit Dänemark gegenüber wegen der grenzpolitischen Äußerungen des Staatsministers Knud Kristensen, brachte die deutsche Seite auf den Plan. Vieles des damals Gesagten und Geschriebenen führte beiderseits zu Äußerungen, die heute nur als Anachronismen angesehen werden können.

In Schleswig-Holstein führte das aber zur Bildung einer Reihe grenzpolitischer Verbände, die mit verschiedenen Aufgabenbereichen in der grenzpolitischen Arena auftraten. Man erinnert sich an den Kampf gegen das "Speckdänentum". Selbst der Grenzfriedensbund hielt sich - aber nur kurze Zeit - davor nicht zurück. Endlich sollte die Grenze gesichert werden. Eigentlich konnte nichts die Auffassung rechtfertigen, daß es noch zu einer Grenzverschiebung kommen würde. Die Engländer hatten schon 1946 abgesagt, und 1949 wurde mit der Kieler Erklärung ein gleichberechtigtes Zusammenleben zwischen Deutschen

und Dänen angestrebt. Im dänischen Reichstag zeigte sich kein Interesse und keine Mehrheit für eine auf Grenzänderung gerichtete Politik. Sogar der Wunsch einer Trennung Schleswigs von Holstein sowie der Wunsch, Schleswig von Flüchtlingen zu räumen, zeigten sich bald als unerfüllbar, wenn es auch bis 1948 ein Grundsatz dänischer Grenzlandpolitik blieb.

Trotz allem ging der Grenzkampf weiter; es hieß, daß es nur eine Selbstverteidigung des Deutschtums war gegenüber den großen Summen, die Dänemark staatlich und privat der dänischen Minderheit zur Verfügung stellte. Das Neudänentum in Gebieten, die seit mehr als 100 Jahren als deutsch empfunden wurden, ging vielen gegen den Strich.

Erst die Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 hatten eine beruhigende Wirkung, und in den letzten 35 Jahren kann man deshalb auch von einer zunehmenden Beruhigung und Harmonisierung sprechen.

Seit langem haben Deutsche und Dänen nicht so friedlich miteinander Zusammenleben können. Wenn auch die großen Spannungen abnahmen, blieben hüben und drüben jedoch immer noch ungelöste Fragen. Aber über das, was noch übrig ist, kann man sich in aller Ruhe aussprechen.

Schon in den turbulenten Jahren nach 1945 haben die Grenzverbände südlich der Grenze große Aufgaben humanitärer und kultureller Art gelöst. Dänische Schulen zogen ihr Netz über den ganzen Landesteil, was auf deutscher Seite oft als beunruhigend empfunden wurde. Die Deutschen fanden es als sehr notwendig, die deutsche Eigenständigkeit und das deutsche Selbstbewußtsein wieder zu stärken; und gleichzeitig gab es die Aufgabe, den Deutschen in Nordschleswig zu helfen. Diese Aufgabe wird es auch weiterhin geben, weil auch die deutsch-dänische Grenze nicht ohne weiteres verschwindet.

In einer europäischen Gemeinschaft werden die Grenzen die Nahtlinien zwischen verschiedenen Völkern und Kulturen sein, Grenzen, an denen man sich nicht bekämpft, die aber das eigene Selbstbewußtsein in einer angemessenen Konkurrenz stärken können und die eine kulturelle Bereicherung bewirken können. Deshalb werden auch die Minderheiten weiter bestehen, und die Aufgaben der Grenzverbände werden sich deshalb kaum ändern. Die Minderheiten werden auch zukünftig als Vermittler zwischen Minderheit und Muttervolk stehen, aber gleichzeitig auch als Vermittler zwischen den zwei Nachbarländern. Gerade weil sich die früheren politischen Gegensätze zu einer gegenseitigen Anerkennung gewandelt haben, können die Grenzverbände vieles dazu beitragen, diesen Respekt weiter zu entwickeln, ohne daß ihr bisheriges Aufgabengebiet dadurch verringert wird. Wenn sich auch Europa verändert und sich vielleicht neue deutsche Minderheitenaufgaben im Osten oder Süden melden, ist die

deutsch-dänische Grenze auch weiterhin die Brücke zum Norden. Auch die Grenzverbände können, ohne ihre bisherigen Aufgaben zu vernachlässigen, das Ihre dazu beitragen, das Verständnis zwischen Nachbarvölkern zu verbessern. Weshalb hat man sonst so viel von dem deutsch-dänischen Modellfall gesprochen.

Deshalb sollen die Grenzverbände sich in der Zukunft auch nicht immer als Gegner empfinden. Vielleicht war der Besuch des Grenzfriedensbundes bei Grænseforeningen in Kopenhagen 1989 der erste Schritt in Richtung einer Begegnung, bei der das alte Feindbild sich langsam auflösen kann. Vielleicht bedeutet es etwas für einige der schleswig-holsteinischen Grenzverbände, daß sie zu sehr der verlängerte Arm der öffentlichen Hand waren, weil ihnen eine breite Mitgliederbasis fehlt. In Dänemark wurde die Grenzarbeit unten in der Bevölkerung begonnen. Die Bedeutung der volklichen Breite spürt man vielleicht am besten in den Patenschaften, die sich heute in Dänemark nach dem Vorbild des Foreningen Norden lieber als Freundschaftsbeziehungen bezeichnen. Nur dadurch ist es auch möglich, jedes Jahr ungefähr 1000 Schulkindern aus dänischen Schulen in Südschleswig einen Sommeraufenthalt bei einer dänischen Familie zu geben. Auf diese Weise werden Hunderte, wenn nicht Tausende von persönlichen Bindungen über die Grenze geknüpft, deren Wert man nicht hoch genug schätzen kann.

In Dänemark würde man es nicht verstehen, wenn jede Unterstützung der dänischen Minderheit nur eine Aufgabe der öffentlichen Hand wäre. Die großen Beiträge, die Grænseforeningen und andere dänische Vereine jedes Jahr für die Minderheitenarbeit sammeln, gelten hier als Barometer des Interesses und des Verständnisses von der Bedeutung dieser Arbeit in der breiten Bevölkerung. Wir betrachten diese als sehr wertvoll, ja ganz unentbehrlich. Auf diesem Gebiet haben einige der deutschen Grenzverbände vielleicht noch einen Nachholbedarf.

Die Zukunft wird uns vor neue Aufgaben stellen. Nur muß man auf beiden Seiten der Grenze darauf achten, nicht in der Vergangenheit stecken zu bleiben. Die Vergangenheit gibt uns viele Erfahrungen - gute wie schlechte -, die uns in der Gegenwart nützen können. Vieles können wir sicher besser machen oder erneuern. Wenn wir dies beachten, können wir auch in der Zukunft, die ein stärkeres Miteinander aller Seiten fordern wird, Weiterarbeiten. Artur Thomsen schrieb neulich: "Der Grenzfriede verlangt auch in der Zukunft Aufmerksamkeit und Pflege." Wenn die Grenzverbände nach diesen Richtlinien arbeiten, werden sie auch in Zukunft einen breiten Aufgabenbereich finden.

Über die Zukunft der Minderheiten

"Wir sind entschlossen, den wertvollen Beitrag nationaler Minderheiten zum Leben unserer Gesellschaften zu fördern, und verpflichten uns, deren Lage weiter zu verbessern. Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Frieden, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern. (...) Im Bewußtsein der dringenden Notwendigkeit, im Hinblick auf nationale Minderheiten die Zusammenarbeit zu verstärken und deren Schutz zu verbessern, beschließen wir, ein Expertentreffen über nationale Minderheiten vom 1. bis 19. Juli 1991 in Genf einzuberufen."

Aus den "Leitsätzen für die Zukunft", die im Rahmen der "Pariser Chartre für ein neues Europa" des KSZE-Sondergipfels in Paris am 21. November 1990 verabschiedet wurden.

(Süddeutsche Zeitung v. 22. November 1990, S. 14)

KZ Ladelund - ein Thema der Grenzfriedenshefte

Im KZ Ladelund, wenige Kilometer südlich der deutsch-dänischen Grenze, litten 1944 an die 3.000 Menschen unsäglich unter der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft. Die Gräber von 301 KZ-Opfern gehören zur heutigen Gedenkstätte auf dem Dorffriedhof. An das Schicksal der Häftlinge wird die Kirchengemeinde Ladelund künftig auch mit einer historischen Dauerausstellung in einem neu errichteten Dokumentenhaus erinnern.

In den Grenzfriedensheften ist über das KZ Ladelund und die seit Anfang der achtziger Jahre laufenden Bemühungen, seine Geschichte aufzuarbeiten, ver-schiedentlich berichtet worden.

So wurde 1983 eine zentrale Quelle zur Geschichte dieser Außenstelle des Konzentrationslagers Neuengamme vollständig abgedruckt und einer kritischen Beurteilung unterzogen. Die Publikation fand zudem als Separatdruck Verbrei-tung.¹

Als 1984 im Städtischen Museum Flensburg die Wanderausstellung "Das KZ Ladelund 1944" einer breiten Öffentlichkeit präsentiert wurde, publizierten die Grenzfriedenshefte die bei der Eröffnungsveranstaltung in der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg gehaltenen Reden.²

Das große Interesse, das der Geschichte des KZ Ladelund von dänischer Seite entgegengebracht wird, zeigte sich unter anderem in einer dänischen Fernseh-dokumentation über dieses Thema³ und in der Tatsache, daß die dänische Minderheit anlässlich ihres Sydslesvig-Festivals 1987 in Ladelund auch der Ge-schehnisse von 1944 gedachte.⁴ Klaus Bästlein berichtete darüber in der Um-schau der Grenzfriedenshefte ebenso wie über eine eindrucksvolle plattdeut-sche Radiosendung, die sich mit den beiden nordfriesischen Konzentrationsla-gern Husum-Schwesing und Ladelund beschäftigte.⁵

Im Grenzfriedensheft 2/1990 wurden unsere Leser über die Fertigstellung des Ladelunder Dokumentenhauses informiert.⁶ Hier hat jetzt die Dauerausstellung ihren Platz gefunden. In Anwesenheit ehemaliger KZ-Häftlinge aus Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Deutschland, zahlreicher Angehöriger der KZ-Opfer von Ladelund sowie vieler Ehrengäste wurde die ständige Dokumentation am 17. November 1990 eröffnet.

Dabei hielt Johannes Tucheit von der Gedenkstätte deutscher Widerstand in Berlin einen wissenschaftlichen Vortrag über "Konzentrationslager in Deutsch-land 1933 - 1945". Diese Ausführungen, die das regionalgeschichtliche Thema "KZ Ladelund" in allgemeinere Zusammenhänge stellen, drucken wir im folgen-

den ab. Der Charakter einer Rede wurde bewußt beibehalten, um die Betroffenheit widerzuspiegeln, ohne die auch ein Wissenschaftler ein solches Thema nicht abhandeln kann und sollte.

Dasselbe gilt für die Einführung, die der Flensburger Historiker Jörn-Peter Leppien als wissenschaftlicher Leiter der Dauerausstellung am 17. November 1990 in Ladelund gab. Sein Redetext wurde für den Druck leicht gekürzt und an einzelnen Stellen präzisiert.

Die Redaktion

ANMERKUNGEN

- 1 Jörn-Peter Leppien, "Das waren keine Menschen mehr..." Aus der Chronik der Kirchengemeinde - Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, in: Grenzfriedenshefte (GFH) 3/1983, S. 143-185. Separatdruck, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1983, 47 Seiten. - Siehe dazu auch die "Stellungnahme" von Johannes H. Meyer sowie die Antwort von Jörn-Peter Leppien, "Dichtung", "Wahrheit" und die Arbeit des Historikers, in: GFH 1/1984, S. 75-79.
- 2 Ludwig Eiber, Neuengamme und die Folgen, in: GFH 2/1984, S. 112-122. Jörn-Peter Leppien, Das KZ Ladelund 1944. Zur Konzeption einer Ausstellung, in: GFH 2/1984, S. 123-132.
- 3 Klaus Bästlein, Deportation. Eine dänische Fernsehdokumentation über das KZ Ladelund, in: GFH 31/1986, S. 170-176.
- 4 Klaus Bästlein, Rundgang zu den Stätten des KZ Ladelund 1944 beim Sydslesvig-Festival 1987, in: GFH 31/1987, S. 187-188.
- 5 Klaus Bästlein, Vörjahrsurlaub in Husum. Eine plattdeutsche Radiosendung des NDR über die nordfriesischen Konzentrationslager, in: GFH 21/1988, S. 121-124.
- 6 Versöhnung - nicht länger eine Utopie. Einweihung der Gedenkstätte Ladelund. Bericht des Nordfriesland Tageblatts, in: GFH 21/1990, S. 161-162.

Konzentrationslager in Deutschland 1933 bis 1945

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich begrüße hier vor allem die Gäste, die als Gefangene in nationalsozialistischen Lagern und Gefängnissen inhaftiert waren, die unter dieser Diktatur gelitten haben und die an den Folgen des Terrors noch heute leiden. Für Sie ist ein Tag wie dieser besonders schmerzhaft, denn er erweckt immer wieder Erinnerungen an eine Zeit voller sinnloser Grausamkeit, voller Schikanen und Quälereien.

I.

Am 17. November 1944 bestand das Konzentrationslager Ladelund bereits 14 Tage. Knapp vier Wochen sollten die Häftlinge hier noch leiden müssen, bevor die letzten von ihnen entkräftet, erkrankt und dem Tode nahe in das Hauptlager nach Neuengamme zurückgebracht wurden. Die Eröffnung der Ausstellung hier in der Gedenkstätte in Ladelund ist heute - 46 Jahre später - der Anlaß, darüber nachzudenken, wie es dazu kommen konnte, daß im Jahre 1944 ein über ganz Deutschland gespanntes Netz der Konzentrationslager zum Alltag gehörte. Dr. Leppien und Pastor Richter haben mir ein Thema gestellt, das Bibliotheken füllen kann und füllt. Ich kann daher nur versuchen, das, was Sie nachher in der Ausstellung sehen werden, in einen Gesamtzusammenhang einzubinden. Daher möchte ich Ihnen einige Eintwicklungslinien zeigen, an denen Sie erkennen können, welche Bedeutung die Konzentrationslager für die nationalsozialistische Diktatur besaßen.

Gewalt und Terror waren - und dies muß immer wieder betont werden - grundlegende Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie und des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Die Nationalsozialisten ließen nie einen Zweifel daran, daß sie bei einer Regierungsübernahme gewalttätig und terroristisch gegen ihre Gegner vorgehen wollten. Adolf Hitler selbst kündigte seit 1921 mehrfach "Konzentrationslager" für politische Gegner an.

Die offen gewalttätige Aktion setzte dann tatsächlich auch im Februar 1933 ein. Aus Rücksicht auf die konservativen und deutschnationalen Partner der Nationalsozialisten in der Regierung kam es aber erst nach den Märzahlen 1933 zu jenen großen Verhaftungsaktionen und Straßenrazzien, die sich vor allem gegen Kommunisten und Sozialdemokraten richteten. Im März 1933 entstanden die ersten Konzentrationslager - am 8. März Nohra in Thüringen, am 21. März 1933 Dachau bei München und Oranienburg bei Berlin. Alte Festungen, stillgelegte Fabriken, ehemalige Zuchthäuser, aber auch Werkhäuser werden in den

folgenden Monaten zu Konzentrationslagern. Hier in Schleswig-Holstein sind vor allem Eutin/Ahrensböök, Glückstadt und Rickling/Kuhlen als Stätten des frühen Terrors gegen Andersdenkende zu nennen.

Insgesamt waren 1933 etwa 80.000 Menschen in Deutschland in den Konzentrationslagern inhaftiert beziehungsweise in "Schutzhaft" genommen - so lautete der schönfärberische Begriff der Nationalsozialisten. Viele von ihnen wurden jedoch im Zuge der politischen Stabilisierung des Nationalsozialismus aus den Lagern entlassen, besonders nach der Ausschaltung der SA und den Morden an SA-Führern und politischen Gegnern am 30. Juni 1934.

Zu dieser Zeit - und auch dies gehört zu den unbequemen Wahrheiten, über die heute im Zusammenhang mit der NS-Zeit gesprochen werden muß - war bei den Deutschen eine überwältigende Zustimmung zum Nationalsozialismus zu erkennen; die politischen Gegner des Nationalsozialismus waren isoliert und in einer hoffnungslosen Minderzahl.

In dieser Zeit wurde aber auch ein wesentlicher Teil der Verfolgung der politischen Gegner auf die Justiz verlagert - der Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse 1936 mit über 600 Angeklagten mag als ein Beispiel dafür stehen, wie dies aussah. Während viele Konzentrationslager so aufgelöst, verkleinert oder durch die SS reorganisiert wurden, füllten sich die Gefängnisse und Zuchthäuser.

Im Frühsommer 1935 gab es in Deutschland die Konzentrationslager in Esterwegen, Lichtenburg, Dachau und Sachsenburg sowie für Frauen das Konzentrationslager in Moringen. In ihnen waren zu dieser Zeit rund 3.500 Häftlinge inhaftiert. Diese Zahl von Häftlingen hätte ohne besondere Probleme von den Haftanstalten der Justiz übernommen werden können. Doch dies geschah nicht, sondern die Konzentrationslager übernahmen weiterhin wesentliche Aufgaben zur Stabilisierung der Diktatur.

Wir können mittlerweile den Entscheidungsprozeß für die Beibehaltung und den Ausbau der Konzentrationslager bis in die Einzelheiten nachvollziehen. Dabei wird deutlich, wie systematisch die SS-Führung unter Heinrich Himmler vorging:

- Am 20. Juni 1935 genehmigte Hitler, daß die Kosten für die Bewachung der Konzentrationslager auf das Reich übergehen sollten; am 12. Juli 1935 ordnete Himmler die "präventive" Verhaftung von eintausend "ehemaligen KPD-Funktionären" an; am 18. Oktober 1935 ließ Himmler sich von Hitler die Übernahme der gesamten deutschen Polizei und damit des wesentlichen Teils des Verfolgungsapparates zusichern.

Himmler trug seine Themen bei Hitler - wenige Wochen, nachdem die Repression gegenüber den Juden in Deutschland durch die "Nürnberger Gesetze" eine neue, verhängnisvolle Qualität erhalten hatte - in einer Zusammenstellung vor, die uns die Konzentrationslager im Gesamtzusammenhang der nationalsozialis-

tischen Verfolgung begreifen läßt. Sein Notizzettel zu dieser Besprechung trug die Punkte:

1. Behandlung der Kommunisten,
2. Abtreibungen,
3. Asoziale Elemente,
4. Wachverbände,
5. Gestapo-Erlaß von Frick.

Himmler konfrontierte Hitler so zuerst mit den ideologischen Hauptgegnern des Nationalsozialismus, danach mit den gesellschaftspolitischen Problemen, die vor dem Hintergrund der Rassenideologie des Nationalsozialismus im Rahmen der sogenannten "Volksgemeinschaft" nicht gelöst worden waren und die jetzt durch Inhaftierungen in Konzentrationslagern "bewältigt" werden sollten. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch hinter sich hatten, waren hinfort nicht nur der damals gesetzlichen Strafe, sondern zusätzlich der Bedrohung durch das Konzentrationslager ausgesetzt. Zur Gruppe der "Asozialen" gehörten all jene, die von der Norm der "Volksgemeinschaft" auch nur ein wenig abwichen.

Kleinste Vergehen konnten ausreichen, um von der Polizei als "asozial" abgestempelt und in ein KZ eingewiesen zu werden. Ende 1938 waren dann bereits in den Konzentrationslagern 12.921 Menschen in "polizeilicher Vorbeugehaft", davon 8.892 sogenannte "Asoziale".

In dieser Verknüpfung aus politischer und rassistischer Verfolgung sollten dann die Konzentrationslager in der folgenden Zeit als Institution etabliert und weiter ausgebaut werden. Die großen Lager in Sachsenhausen und Buchenwald entstanden. In ihnen sollten im "A-Fall", dem von den Nationalsozialisten seit Beginn ihrer Herrschaft geplanten Angriffskrieg, die politischen Gegner auf dem "Kriegsschauplatz Innerdeutschland" - wie es Heinrich Himmler nannte - inhaftiert und in ihrer Widerstandskraft endgültig gebrochen werden.

Gegenüber den eben erwähnten 3.500 Häftlingen im Frühsommer 1935 gab es im November 1936 bereits 4.761 Häftlinge, im November 1938 sollten es noch vor den Novemberpogromen über 24.000 Häftlinge sein, deren Zahl durch die Verschleppungen nach den Pogromen auf über 60.000 answoll. Damit waren auch die neuen Lager in Buchenwald und Sachsenhausen überfüllt. Nach Entlassungen und einer "Amnestie" zu Hitlers 50. Geburtstag waren dann kurz vor dem deutschen Überfall auf Polen etwa 21.000 Häftlinge in den Konzentrationslagern gefangen. Ihre Zahl sollte danach bis Anfang 1945 stetig auf knapp eine drei viertel Million Menschen anwachsen.

III

In den Jahren ab 1939 waren die Lager nicht nur durch die neuen Häftlinge aus

allen deutsch besetzten Ländern gekennzeichnet, sondern auch durch eine ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen. Neue, noch größere Lager entstanden. Dazu gehörten Neuengamme, Stutthof und Groß-Rosen, aber auch die Lager Auschwitz-Birkenau und Lublin-Maidanek, die später in der doppelten Funktion als Konzentrations- und Vernichtungslager berüchtigt werden sollten.

Die Lebensbedingungen der Häftlinge verschlechterten sich stetig; zu den Hungerrationen, den Arbeitsschikanen und der ständigen Unterernährung kam die unzureichende medizinische Versorgung und die qualvolle Enge der überfüllten Baracken in den Lagern.

Mit dem Scheitern des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, das der nationalsozialistischen Führung bereits im Winter 1941/42 als Menetekel vor Augen stand, erhielten die Konzentrationslager eine neue Funktion. Nicht mehr die Ausschaltung des politischen Widerstands in Deutschland und der Kampf gegen die Widerstandsgruppen in den von den Deutschen besetzten Ländern sollte jetzt im Vordergrund stehen, sondern die brutale Ausnutzung der Arbeitskraft der Häftlinge für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft und Kriegsrüstung.

1942 wurden die Konzentrationslager daher als Amtsgruppe D in das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt eingegliedert. Diese Unterstellung markiert zugleich den Versuch Himmlers, in den Konzentrationslagern große Rüstungsfabriken zu errichten. Das Vorhaben scheiterte an der Unfähigkeit der von Himmler dafür eingesetzten SS-Führer, an fehlenden Ressourcen, vor allem aber an den Gegenvorstellungen von Hitlers neuem Rüstungsminister Albert Speer. Es gelang dem Technokraten Speer, der es nach 1945 trefflich verstand, seine Beteiligung an der mörderischen Zwangsarbeit der Häftlinge zu verschleiern, seine Konzeption durchzusetzen: Die Produktionsstätten wurden nicht in den Konzentrationslagern errichtet, sondern die Häftlinge kamen als "Außenkommandos" der großen Lager zu den bereits bestehenden Fabriken. Die Reaktion der Firmen, bei denen die Außenlager eingerichtet wurden, war unterschiedlich. Die meisten Firmen akzeptierten die KZ-Häftlinge, weil sie keine anderen Arbeitskräfte mehr besaßen; die meisten akzeptierten aber vor allem auch den Terror der Wachmannschaften am Arbeitsplatz und unternahmen nichts, um die Lebensbedingungen der Häftlinge zu verbessern.

Eine Nebenbemerkung an dieser Stelle: Es ist viel von den Profiten gesprochen worden, die mit der Zwangsarbeit der Häftlinge erzielt worden sind. Der größte Profiteur aber war - wenn man schon davon sprechen will - das Deutsche Reich, denn die Gelder, die von den Verwaltungen der Konzentrationslager den Firmen für die Zwangsarbeit der Häftlinge in Rechnung gestellt wurden, wurden ganz normal über das Reichsfinanzministerium als Einnahme für den Reichshaushalt

eingegenommen - jeder Pfennig aus der Sklavenarbeit der Häftlinge wurde nicht etwa von der SS vereinnahmt, sondern im Haushalt des Deutschen Reiches verbucht. Das Netz der Außenlager, das nach der grundsätzlichen Entscheidung für den massiven Zwangsarbeitereinsatz der Häftlinge entstand, hatte im Jahr 1944 seine größte Ausdehnung erreicht. Häftlingskommandos wurden an Orte gebracht, wo gigantische Rüstungsprojekte entstehen sollten, die aber oft nur in der gigantomanischen Planung der Nationalsozialisten existent waren. Aus ganz Europa wurden in den Kriegsjahren Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt; wer von diesen an seiner Arbeitsstelle nur einmal gegen die ungerechte Behandlung aufbegehrte, wer nach Ansicht des Meisters zu viele Fehlschichten hatte oder wer angeblich zu schlecht oder zu wenig arbeitete, kam in ein Konzentrationslager. Hinzu kamen all jene Häftlinge, die im Zuge der Repressalien in den deutsch besetzten Ländern verhaftet wurden.

Nach den heftigen Bombenangriffen vor allem auf deutsche Industriestädte wurde 1943/44 eine gigantische Untertageverlagerung von Fabriken geplant, die von KZ- Häftlingen durchgeführt werden sollte. Als Beispiel hierfür steht das KZ Dora- Mittelbau, in dem Tausende von Häftlingen bei dem Versuch sterben mußten, eine perfekte unterirdische Produktionsstätte für die "Vergeltungswaffe" V 2 zu schaffen.

Das KZ Ladelund entstand nicht als Zwangsarbeitslager für die deutsche Kriegsrüstung. Es entstand im Rahmen der verzweifelten Versuche der NS-Führung, die als sicher erkannte Niederlage aufzuhalten und einen "Wall" gegen eine Bedrohung zu errichten, die im Vergleich zur tatsächlichen militärischen Bedrohung durch die alliierten Armeen in Ost und West bedeutungslos war. Im Rahmen dieses fanatischen Kalküls jedoch wurden noch Tausende von Menschenleben geopfert, allein hier in Ladelund über 300.

Die Perversion und die brutale, menschenverachtende Ideologie, die hinter dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem stand, und die ich hier im Phasenablauf von politischer Verfolgung, Verfolgung aus rasseideologischen und politischen Gründen und der hemmungslosen Ausnutzung der Zwangsarbeitskraft geschildert habe, findet ihren Ausdruck am klarsten in einem Schreiben, das Heinrich Himmler noch im Januar 1945 diktierte, als eine dreiviertel Million Menschen in den Konzentrationslagern inhaftiert war. Er schrieb an den "Reichsarzt SS", Ernst Robert Grawitz:

"Sie wissen, daß ich zu Meldungen grundsätzlich ein blindes Vertrauen habe. Sie hatten mir vor längerer Zeit schon einmal berichtet, daß in den Konzentrationslagern Krebskranke nicht vorhanden sind ... Besonders bemerkenswert ist diese Meldung, wenn man berücksichtigt, daß es nach dem Stand vom 20.2.1945 28.145 männliche und weibliche Häftlinge im Alter von

über 50 Jahren gibt, wobei 4.898 über 60 Jahre alt sind... Beachtlich ist das Bild der robusten Gesundheit dieser Häftlinge in bezug auf Krebserkrankung, wobei interessant wäre festzustellen, woran die einzelnen sonst sterben. Die Sterblichkeit in den Lagern ist, wie Sie wissen, durchschnittlich keineswegs höher als außerhalb der Lager... Ich beauftrage Sie mit der Untersuchung der Ursachen, weshalb die Häftlinge nicht krebskrank sind. Ich glaube, daß wir damit der Wissenschaft vielleicht einen noch größeren Dienst erweisen..."

Die Häftlinge in den KZ konnten gar nicht an einer "normalen" Krankheit sterben. Sie starben an Unterernährung, Folter und Mord. Kranke Häftlinge wurden in regelmäßigen Zeitabständen "selektiert" und ermordet. Daß der Massenmörder Heinrich Himmler noch zu dieser Zeit den Gesundheitszustand von KZ-Häftlingen erforschen wollte, gehört mit zum Unfaßbaren der nationalsozialistischen Verfolgung. Nicht umsonst trägt dieses Schreiben auf der ersten Seite nur den Vermerk "Wiedervorlage nach dem Krieg".

Diese Pseudorationalität und die absolute Verneinung der Realität, die in den Konzentrationslagern 1945 herrschte - Auschwitz, Groß-Rosen und Stutthof waren bereits vor der anrückenden Roten Armee geräumt - sie tragen vielleicht dazu bei, eine Erklärung für das zu liefern, was sich hinter dem Begriff des Systems der Konzentrationslager verbirgt: eine menschenverachtende, ideologisch begründete Herrschaft, die das Recht auf Leben und persönliche Freiheit des einzelnen Menschen grundsätzlich negierte.

IV

Gestatten Sie mir ein aktuelles Wort zum Abschluß:

Wir stehen jetzt, nach der Vollendung der deutschen Einheit, im Bereich der Beschäftigung mit der deutschen Geschichte in den Jahren zwischen 1933 und 1945 vor den Trümmern der sogenannten "antifaschistischen Erziehung" in der DDR. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde in der DDR oft auf den Kampf einer Partei, der KPD, beschränkt und als Staatsdoktrin mißbraucht. Im Namen einer sich antifaschistisch gebenden, aber die Menschenrechte oftmals mißachtenden Ideologiegabes politische Repression in einem Ausmaß, das wir bis heute noch nicht überschauen.

Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß die Zeit des Nationalsozialismus und der nationalsozialistische Terror in irgendeiner Weise relativiert werden. Das vereinte Deutschland kann mit seinen Nachbarn - im Osten wie im Westen - an allen Grenzen nur in Frieden und in gegenseitiger Verständigung leben, wenn dieser Staat die nationalsozialistische Vergangenheit akzeptiert und im wahren Sinne des Wortes "annimmt". Deutschland muß sich seiner Verantwortung aus

dieser Zeit bewußt sein, und wir als Deutsche müssen dieses Wissen als konstitutiven Bestandteil unserer politischen Kultur täglich bewahren und pflegen.

Dies ist eine Anstrengung, denn sie verlangt von uns eine echte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, und damit die Akzeptierung von Tatbeständen, bei denen das Vergessen auf den ersten Blick die einfachere und leichtere Lösung wäre. Dann allerdings hätten wir als Deutsche aus der Geschichte nichts gelernt.

Lassen Sie mich daher mit der Erinnerung an jene schließen, die unter der nationalsozialistischen Diktatur ihr Leben lassen mußten und die Mahnung zitieren, die der tschechoslowakische Widerstandskämpfer Julis Fucik vor seiner Hinrichtung am 7. September 1943 formulierte:

"Ich möchte, daß man weiß:
daß es keinen namenlosen Helden gegeben hat,
daß es Menschen waren, die ihren Namen,
ihr Gesicht, ihre Sehnsucht und
ihre Hoffnungen hatten,
und daß deshalb der Schmerz
auch des letzten unter ihnen
nicht kleiner war als der Schmerz
des ersten,
dessen Name erhalten bleibt.
Ich möchte, daß sie Euch alle immer nahe bleiben,
wie Bekannte, wie Verwandte,
wie Ihr selbst."

Ladelund - Stätte historisch-politischer Bildung

Einführung in die Dauerausstellung "Konzentrationslager Ladelund 1944"

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ihnen ist natürlich bewußt, daß Sie sich hier auf historischem Boden befinden: Einige hundert Meter entfernt wurde am 1./2. November 1944 das Konzentrationslager Ladelund errichtet. In den knapp sechs Wochen seines Bestehens starben 301 Menschen aus 13 Nationen. Ihre Gräber befinden sich in Sichtweite des Ausstellungsgebäudes.

Der Respekt vor diesen KZ-Opfern - der Respekt vor *allen* Opfern des Nationalsozialismus - war und ist oberste Leitlinie unserer Arbeit an dem gesamten Projekt. Weniger bewußt wird es den meisten von Ihnen sein, daß auch diese Ausstellung ihre eigene Geschichte hat. Sie beginnt im Jahre 1982, als ein Dutzend Schülerinnen und Schüler der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg meiner Einladung folgte, im Rahmen einer Projektwoche der damals noch kaum erforschten Geschichte des KZ Ladelund nachzugehen. Die Projektstage mündeten in ein ausgewachsenes Forschungsprojekt, an dem sich die Studienstufenschüler Armin Lohse, Joachim Stöcken und Sven Wehncke beteiligten. Im Sommer 1984 konnte das als Wanderausstellung konzipierte Arbeitsergebnis im Städtischen Museum Flensburg erstmals einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

Im November 1984 wurde die Wanderausstellung in der Niebüller Friedrich-Paulsen-Schule der Kirchengemeinde Ladelund als Geschenk übergeben. Sie ist seitdem an vielen Orten zwischen Neuengamme und Ladelund, vor allem in Schulen, gezeigt worden. Die positive Resonanz auf diese Ausstellung hat die Kirchengemeinde Ladelund gewiß in ihrer 1984 entstandenen Absicht bestärkt, im Rahmen der hiesigen Gedenkstätte eine ständige Dokumentation zu schaffen. Ohne die Initiative und das engagierte Durchsetzungsvermögen von Pastor Harald Richter wäre es freilich niemals zur Verwirklichung dieses Vorhabens gekommen. Mit der Planung und Durchführung beauftragte der Kirchenvorstand einen KZ- Gedenkstättenausschuß. Widerstände hier und dort waren zu überwinden, verschiedene Architektenentwürfe für ein Ausstellungsgebäude lösten einander ab, Finanzierungsprobleme wollten gelöst sein, wobei festgestellt werden darf, daß das Ladelunder Vorhaben bei allen entscheidenden Geldgebern - unabhängig von Parteizugehörigkeiten - auf bereitwilliges Interesse stieß.

Gleichsam in letzter Stunde, nämlich seit Anfang 1989, haben die architektonischen und gestalterischen Überlegungen des KZ-Gedenkstättenausschusses durch den Landesmuseumsdirektor Professor Spielmann und seinen Beauftragten Dr. Sydow wesentliche Impulse erfahren. Entsprechende Anstöße aus dem Bonner Ministerium des Innern und aus dem Kieler Ministerium für Bildung, Wissenschaftsjugend und Kultur kamen hinzu. - Was ursprünglich als einfache Herberge für eine überarbeitete Wanderausstellung gedacht war, wurde unversehens als überregional relevanter Modellfall für eine kleinere Gedenk- und Dokumentationsstätte eingestuft.

Ein solcher Anspruch konnte allein in Ladelund und Flensburg nicht eingelöst werden. Die umfängliche Planung und Organisation des Ausstellungsvorhabens wurde daher in die Hände des Arbeitskreises selbständiger Kultur-Institute in Bonn gelegt, der seinen Mitarbeiter Michael Jacob mit der Durchführung beauftragte.

Schon vorher waren die Historiker Klaus Bästlein und Dr. Johannes Tuchel von der Gedenkstätte deutscher Widerstand in Berlin unserem dringlichen Ruf gefolgt, ihren Sachverstand mit in den Dienst des Ladelunder Projekts zu stellen. Im Sommer 1989 legten sie auf der Grundlage der Wanderausstellung und fortgeschriebener Konzeptionen einen ersten Entwurf für die Dauerausstellung vor. Die Graphik-Designer Johannes und Christian Jaxy haben diese Ideen sensibel aufgenommen und auf originelle Weise weiterentwickelt: 21 Ausstellungstafeln in Holzrahmen, die der lebendigen Dachkonstruktion des Dokumentenhauses entsprechen, sind fächerartig so angeordnet, daß die Besucher unmerklich durch die Ausstellung geleitet werden. Die drei Teile der Ausstellung - Die Vorgeschichte, Das Konzentrationslager, Die Folgen - sind durch den Einschub von Langtafeln optisch leicht auszumachen.

Auch bei der Gestaltung der einzelnen Tafeln war klar, daß inhaltliche und graphische Überlegungen eine Einheit bilden mußten. Ein relativ hoher, optisch wirksamer Bildanteil gegenüber den Textinformationen war sicherzustellen. Ebenso galt es, eine didaktische und methodische Konzeption zu verwirklichen, die eine fragend-forschende Unterrichtsarbeit mit der Ausstellung möglich macht.

Einer professionellen Gestaltung sollte natürlich ein Inhalt entsprechen, der allen berechtigten Ansprüchen auf wissenschaftliche Qualität entspricht. Johannes Tuchel, Klaus Bästlein und ich konnten auf die Forschungsergebnisse von 1982 bis 1984 und weiterer Recherchen in den Folgejahren zurückgreifen. Im Hinblick auf die Dauerausstellung wurden 1990 jedoch die einschlägigen Archive in Ladelund, Hamburg, Koblenz, Freiburg, Amsterdam, Den Haag und London auf neue Erkenntnisquellen und ergänzende Ausstellungsmaterialien hin durchfors-

tet. Da für die konkrete Arbeit nur wenige Monate zur Verfügung standen, ist es uns nicht gelungen, jede denkbare Quelle auszuschöpfen und von jeder aufgetanen Abbildung rechtzeitig geeignete Vorlagen zu beschaffen.

Alle Aspekte unseres Themas wurden von Grund auf neu durchdacht, wobei auch Anregungen und Anliegen aus Ladelund Berücksichtigung fanden. So sind im ersten Teil der Ausstellung (Die Vorgeschichte) die Informationen über die Dörfer der Kirchengemeinde Ladelund, ihre wirtschaftliche und politische Situation vor 1944 wesentlich erweitert, gleichzeitig ist die Einbindung des regionalgeschichtlichen Themas in die allgemeine Geschichte schärfer herausgearbeitet worden. Die Tatsache, daß Ladelund nur eines von 1.000 Konzentrationslagern in Deutschland war, wird den Besuchern gleich beim Eintritt in das Ausstellungsgebäude durch eine großformatige Karte vor Augen geführt: Die Konzentrationslager und ihre Außenkommandos (1939-1945).

Der Schwerpunkt der Dokumentation liegt jedoch im zweiten, mittleren Teil (Das Konzentrationslager): Wie in einem Hohlspiegel wird das Leiden und Sterben der Häftlinge im KZ Ladelund verdichtet dargestellt. Vom Mittelpunkt der Tafeln führt eine gedachte Linie zu den Gräbern der Opfer und zum Kreuz der Gedenkstätte. An dieser Linie haben die Gestalter zwei Stellwände platziert, auf denen die (1990 aktualisierten) Namen und die persönlichen Daten der 301 KZ-Opfer von Ladelund zu lesen sind. - Welche Schuld die Täter auf sich luden und wie das Dorf Ladelund auf das KZ reagierte, wird im zweiten Teil der Ausstellung ebenfalls dokumentiert.

Das Konzentrationslager wird in Häftlingszeichnungen, Fotos und Grundrißplänen gezeigt. Noch deutlicher wird die triste Stimmung der November- und Dezember Tage 1944 sowie die bedrohliche Enge, in der jeweils 2.000 Häftlinge existieren mußten, durch ein Lagermodell vermittelt, das Marcus Holstein mit Schülerinnen und Schülern der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule aufgrund historischer Vorgaben im Kunstunterricht gestaltete.

Im dritten Teil der Ausstellung (Die Folgen) soll dokumentiert werden, wie es nach 1945 zu einer Annäherung zwischen Ladelundern und überlebenden Häftlingen sowie Angehörigen der Opfer, vor allem aus Putten, kam. Mehr als ein Drittel der in Ladelund begrabenen KZ-Opfer stammt aus diesem niederländischen Ort.

- Eine Skulptur von Maria Huls im Vorraum des Ausstellungsgebäudes greift ebenfalls das Thema "Versöhnung" auf.

Es versteht sich fast von selbst, daß es nicht das Ziel einer wissenschaftlichen Ausstellung sein kann, denjenigen, die sich für die Aussöhnung eingesetzt haben, ein Denkmal zu setzen oder gar Legenden früherer Jahre fortzuschreiben.

Bei aller Betroffenheit haben die Bearbeiter der Dokumentation, durchaus im Sinne der Kirchengemeinde Ladelund, eine sachliche Berichterstattung angestrebt, die auch die Probleme nicht verschweigt, die sich einer Verwirklichung des christlichen Versöhnungsgedankens in den Weg stellten. Dazu gehört nicht zuletzt die Unfähigkeit vieler Deutscher zu trauern und das daraus erwachsene Versagen beim Umgang mit den Tätern nach 1945.

Aus Mangel an dreidimensionalen Quellen bietet die Ausstellung - abgesehen vom Lagermodell - größtenteils "Flachware", wie die Museumsfachleute etwas abschätzig zu sagen pflegen. Wir haben uns durch die farbige Wiedergabe vieler Materialien bemüht, die Anschaulichkeit und zugleich den Grad der Authentizität der Quellen zu erhöhen. Eine zentrale (wenngleich nicht unproblematische) Quelle, nämlich der Bericht des Ladelunder Pastors Johannes Meyer über "Das Konzentrationslager", wird den Besuchern außerdem in einer Quellenmappe vollständig zugänglich gemacht. Die einzelnen Seiten sind im Originalformat farbig wiedergegeben.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang, daß die historische Dokumentation durch den Standort des Ausstellungsgebäudes und die erwähnten gestalterischen Maßnahmen unmittelbar mit dem Gräberfeld der KZ-Opfer verknüpft ist.

- Ein Wanderweg führt vom Ausstellungsgebäude entlang dem ehemaligen Panzergraben, wo die Häftlinge Sklavenarbeit leisten mußten, zum früheren Lagerplatz. Er wird heute landwirtschaftlich genutzt, ist aber in seinen Umrissen und am Baumbestand noch deutlich zu erkennen. Ein 1985 errichteter Gedenkstein erinnert an das KZ und daran, daß 1944 auch in Ladelund die Würde des Menschen mit Füßen getreten wurde.

Das vor Ort und in der Ausstellung Erfahrene kann im Gruppen- und Medienraum des Dokumentenhauses vertieft werden. Insgesamt läßt sich feststellen, daß in Ladelund eine bemerkenswerte Stätte historisch-politischer Bildung entstanden ist- bemerkenswert auch deshalb, weil die hiesige Gedenkstätte die erste permanente Ausstellung zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein beherbergt.

Ladelund ist spätestens mit dem heutigen Tag ein Ort *historischer* Bildung, weil sich hier an einem überschaubaren landesgeschichtlichen Fall die brutale Realität der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor Augen führen läßt. Ladelund ist zugleich ein Ort *politischer* Bildung, vor allem deshalb, weil die Besucher auch für gegenwärtiges Unrecht sensibilisiert werden können.

Die menschenverachtenden Taten des Stalinismus und seiner Sprößlinge, die Frage nach dem Umgang mit den Tätern und Mittläufern in der ehemaligen DDR, verleiht den mit unserem Projekt verbundenen Anliegen eine noch vor kurzem

ungeahnte Aktualität.

Zur Ausstellung "Konzentrationslager Ladelund 1944" ist ein kleiner Katalog erschienen, der alle Ausstellungstexte sowie ausgewählte Abbildungen enthält.* Der Katalog wird auch in dänischer und niederländischer Sprache vorgelegt: Eine dänische Übersetzung der Ausstellungstexte ist im deutsch-dänischen Grenzland heute eine Selbstverständlichkeit - dies umso mehr, als dänische Besucher schon seit langem in großer Zahl die Gedenkstätte Ladelund aufsuchen. Angesichts der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Häftlinge im KZ Ladelund aus den Niederlanden stammte, und angesichts der freundschaftlichen Kontakte zwischen Ladelund und Putten galt es auch, für eine niederländische Version des Katalogs zu sorgen.

Die Arbeiten an der Ausstellung und am Katalog sind abgeschlossen. Es würde freilich dem auf Erkenntnisfortschritt zielenden Grundprinzip der Wissenschaften widersprechen, wollte man behaupten, wir hätten unser Thema abschließend behandelt. Schon die Dynamik des Gegenstandes läßt das nicht zu. Dies soll durch die letzte - offene - Tafel mit der Überschrift "Heute" zum Ausdruck gebracht werden.

Wir werden uns also weiter bemühen, wobei die Öffnung nach Osten neue Perspektiven eröffnet, nicht bloß in wissenschaftlicher Hinsicht, sondern auch auf dem Gebiet der historisch bewußten Aussöhnung mit unseren Nachbarn. - Im Bereich der Publikationen bietet sich noch ein weites Feld. Hier ist nicht zuletzt an die Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien gedacht, die es Kolleginnen und Kollegen erleichtern, das Thema "Ladelund" in ihren Unterricht einzubeziehen, sei es im Klassenraum oder vor Ort. Im Gruppenraum des Dokumentenhauses sollen gezielt auch Medien für den Unterricht bereitgestellt werden. Abschließend möchte ich unserer Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Ausstellung möglichst vielen Menschen im wahren Wortsinn frag-würdig erscheinen möge. Anregungen und sachlich begründete Kritik nehmen wir gerne auf. Irrationale Einwände, die bei einem sensiblen zeitgeschichtlichen Thema niemals auszu-schließen sind, gilt es zu verstehen und auf ihren Kern zu reduzieren.

Ich danke allen, die an auffälliger oder unauffälliger Stelle ihren Beitrag zum Ausstellungsprojekt geleistet haben. Bedanken möchte ich mich auch für den Vertrauensvorschuß, der mir wie meinen Mitarbeitern Johannes Tuchej und Klaus Bästlein von den verantwortlichen in Ladelund und von den Geldgebern in Bonn, Kiel, Schleswig und Husum gewährt wurde.

Bitte prüfen Sie, die Ausstellungsbesucherinnen und -besucher, ob wir uns dieses Vertrauens würdig erwiesen haben!

Konzentrationslager Ladelund 1944. Wissenschaftliche Dauerausstellung in

der KZ- Gedenkstätte Ladelund, Schleswig-Holstein. Hrsg. v. d. Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ladelund, 1990. 48 S. DM 5,-

Öffnungszeiten der Ausstellung:
Di.-Fr. 9.00-11.00 u. 13.30-16.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung.

Adresse:
Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ladelund
Dorfstraße 43 2265 Ladelund Tel.:
04666/236

DIETER LOHMEIER

Festmusik der Renaissance

Eine Ausstellung mit Flensburger Notenfunden der Zeit um 1600

Die historische Überlieferung, das allgemein verfügbare Wissen von den Quellen und vom Ablauf der Geschichte und Kulturgeschichte, geht zuweilen seltsame Wege. Da vermachte bald nach 1600 ein Flensburger Bürger der Bibliothek von St. Nikolai eine Sammlung von gedruckten und handschriftlichen Noten, die er dank seiner weitreichenden Verbindungen und seiner persönlichen Bekanntschaft mit zeitgenössischen Komponisten zusammengetragen hatte. Sie wurde getreulich bewahrt, auch nachdem die Kompositionen nicht mehr modern genug waren, um aufgeführt zu werden. Irgendwann kamen die Noten mit den Büchern der Kirchenbibliothek in diejenige der Lateinschule, und dort wurden sie im Laufe der Jahrhunderte immer wieder einmal pauschal registriert, aber es gab niemanden, der sich näher mit ihnen beschäftigt hätte. Erst 1926 machte der um die Erforschung der Alten Musik in Schleswig-Holstein verdiente Kieler Musikwissenschaftler Bernhard Engelke auf die Flensburger Noten aufmerksam, aber das hatte keinerlei unmittelbare Folgen; die dänische Musikgeschichtsschrei-

bung, für die es zwischen dem Tod Christians III. (1559) und der Krönung Christians IV. (1596) eine Durststrecke gab, die nur mit Hilfe von Rechnungsbelegen über die Anstellung von Musikern am Hof Friedrichs II. zu überwinden war, reagierte überhaupt nicht, obwohl sie hier Hinweise auf Kompositionen aus just dieser Zeit hätte finden können.

Es kam dann noch schlimmer: Als Hans Peter Detlefsen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg an der "Musikgeschichte der Stadt Flensburg" (1961) arbeitete, waren auch die Noten selbst verschollen, so daß er sich für die Zeit um 1600 allein auf die Angaben Engelkes stützen konnte. So blieb es weitere zwei Jahrzehnte. Erst als Gerhard Kraack die Bestände der Nikolai-Bibliothek katalogisierte, kamen auch die Noten wieder zum Vorschein, und er räumte ihnen in seinem gedruckten Verzeichnis (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Bd. 35, 1984) eigene Abschnitte in Darstellung und Katalog ein. Mit einiger Verzögerung fand der Hinweis diesmal Gehör: Durch die Kieler Musikbibliothekarin Ute Schwab gelangte Kraacks Katalog an den Kopenhagener Musikwissenschaftler Oie Kongsted, der damals gerade am musikwissenschaftlichen Teil der Europarats-Ausstellung zum 400. Jubiläum der Thronbesteigung Christians IV. (1588) mitgearbeitet hatte. Er war daher mit der Quellenlage und dem Stand der Forschung so gut vertraut, daß er sogleich den Wert des wieder aufgetauchten Schatzes erkannte und begann, ihn in Dänemark publik zu machen. Die Dänische Gesellschaft für Musikforschung, das Nationalhistorische Museum auf Frederiksborg und die Königliche Bibliothek in Kopenhagen ließen sich von ihm für den Plan

gewinnen, Königin Margrethe II. anlässlich ihres 50. Geburtstages mit einer gemeinsamen Ausstellung zu ehren, deren Kern die Flensburger Notenfunde bildeten: "Festmusik fra Renaissancen". Sie wurde am 19. April dieses Jahres mit einem Festakt auf Schloß Frederiksborg in Gegenwart der Königin und ihrer Familie eröffnet. Bei dieser Feier erklangen einige der in Flensburg gefundenen Kompositionen zum ersten Mal seit etwa 400 Jahren, von Kongsted für den Gebrauch heutiger Chöre eingerichtet.

Die Veranstalter der Ausstellung hatten von vornherein geplant, sie auch in Schleswig-Holstein zu zeigen und den Katalog daher zweisprachig, dänisch und deutsch, erscheinen lassen. Die Königliche Bibliothek übernahm die Durchführung, und so war die "Festmusik der Renaissance" im September und Oktober in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek zu sehen und bei der Eröffnung in einigen Beispielen auch zu hören, diesmal ausgeführt von einem neuen Kammerchor, der Capella Hafniensis, unter der Leitung von Oie Kongsted. Jetzt ist sie im Städtischen Museum in Flensburg zu sehen. Hier wird das Hörerlebnis nachgeliefert werden: mit einer breiteren Auswahl in zwei Konzerten der Capella

Hafniensis zum Abschluß der Ausstellung am 25. Januar 1991 und zum Abschluß der Nordischen Literaturtage am 25. Mai 1991, beide in der Nikolaikirche. Ein Hörerlebnis ist diese Musik in der Tat, denn auch dem Laien teilt sich der Eindruck mit, daß es sich hier nicht nur um Noten von rein archivalischem Interesse handelt, sondern um hervorragende, in ihrer Polyphonie klangschön und zugleich durchsichtig gearbeitete Vokalsätze. Der Stifter der Sammlung, Hans Hartmann (gest. 1606), der vermutlich aus Bredstedt stammte, 1569 als königlicher Amtschreiber in Flensburg ansässig wurde und seit 1592 der Königinwitwe Sophie als Rentmeister diente, hatte offenbar einen guten Geschmack und pflegte in seinem Haus Südermarkt 8 eine anspruchsvolle Musik. Seine Sammlung enthält gedruckte Motetten und Madrigale der namhaften Komponisten seiner Zeit aus Italien und den Niederlanden: Orlando di Lasso, Giovanni Gabrieli, Luca Marenzio, Philipp de Monte oder Ivo de Vento. Musiker aus seinem Bekanntenkreis haben ihm zudem eigene Kompositionen in Handschriften geschenkt, teilweise mit persönlichen Widmungen, die es völlig außer Zweifel stellen, daß die Stücke aus Hartmanns Vermächtnis stammen, und neben dem noch zu erwähnenden singulären Druck der Kronberg-Motetten sind es vor allem diese Handschriften und Widmungsexemplare, die unsere Kenntnis der Musikgeschichte in Kopenhagen und Flensburg bereichern. So hat Bartholomäus Stockmann aus Braunschweig, der 1583 Kantor der Flensburger Lateinschule wurde und 1587 als Baß-Sängerin die Königliche Kapelle in Kopenhagen eintrat, zu Neujahr 1584 Hartmann drei Motetten über dessen Wahlspruch Psalm 37,5 "Befiehl dem Herrn deine Wege" in lateinischer und deutscher Fassung geschenkt. Ebenfalls mit persönlicher Widmung Stockmanns gibt es in der Sammlung einen vollständigen Satz der Stimmbücher einer 1590 gedruckten Sammlung von Madrigalen zu Hochzeiten am Kopenhagener Hof und in dessen Umkreis. Valentin Haussmann, von dem bisher keine persönlichen Verbindungen mit Kopenhagen oder Flensburg bekannt sind, gratulierte Hartmann 1601 mit einer eigenhändig geschriebenen fünfstimmigen Motette zum Geburtstag. Von einigen Kompositionen ist indessen nicht bekannt, wie sie in Hartmanns Besitz gekommen sind. Das ist umso bedauerlicher, als unter ihnen zwei besonders interessante Stücke sind. Das eine ist die Handschrift der vierstimmigen Motette "Wan mein stündlein verhanden ist" von Arnoldus de Fine, der 1571-1586 der Hofkapellmeister König Friedrichs II. war; er hat sie dem deutschen Privatsekretär des Königs, Sebastian Schwendi (gest. 1576), gewidmet. Arnoldus de Fine, der im übrigen 1583 der Nikolai-Bibliothek auch einen in Flensburg gebundenen Folianten mit einem historischen Werk geschenkt hat, war der Forschung bislang nur aus archivalischen Quellen bekannt. Daß nun zum ersten Mal eine Komposition von ihm aufgefunden worden ist, noch dazu

möglicherweise in einem Autograph, belegt besonders deutlich den Wert der Flensburger Noten für die dänische Musikgeschichte.

Das zweite besonders interessante Stück der Sammlung, von dem man gern wüßte, wie Hartmann in seinen Besitz gekommen ist, stellt sogar eine völlige Neuentdeckung ersten Ranges dar: Es sind drei zusammengehörige anonyme Kompositionen, denen Kongsted den Namen "Kronborg-Motetten" gegeben hat. Ihre Qualität macht es zu einer besonders reizvolle Aufgabe für die weitere Forschung, ihrem Urheber auf die Spur zu kommen. Aber auch ohne diese Herausforderung ist ihre Geschichte (die die Ausstellung und der Katalog in Bildern und Handschriften dokumentieren) spannend genug. 1576 bestellte König Friedrich II., vermutlich auf Anregung des Astronomen Tycho Brahe, bei dem renommierten Bronzegießer Georg Labenwolf in Nürnberg eine "Wasserkunst" für sein neues Schloß Kronborg an der engsten Stelle des Öresund, von der aus sich die Zufahrt zur Ostsee am besten kontrollieren ließ. Dieser Position entsprechend sollte der Springbrunnen den König in mythologischer Überhöhung repräsentieren: als Gott Neptun, der Beherrscher der Meere. Ehe es soweit war, gingen indessen Jahre ins Land; Friedrich II. zahlte mehrfach Vorschuß, aber Labenwolf brachte die Arbeit nicht voran, so daß der König schließlich den Nürnberger Rat einschaltete, der sein Mitglied Joachin Pömer, der die Aufsicht über die Handwerker führte, damit beauftragte, regelmäßig sanften Druck auf Labenwolf auszuüben. Ende des Jahres 1582 konnte Pömer endlich Tycho Brahe mitteilen, daß der Brunnen fertig sei. Zugleich legte er seinem Schreiben drei Gedichte zum Lobe des Brunnens und des Königs bei, mit deren Komposition er einen "berühmten Musiker" beauftragt habe. Dieser Brief ist das wichtigste Zeugnis für die Entstehung der drei fünf- und sechsstimmigen Kronborg-Motetten, die vermutlich etwa zur selben Zeit wie die Teile des Brunnens, in Nürnberg repräsentativ auf große Doppelblätter gedruckt, in Kopenhagen eingetroffen sind und deren bislang einzig bekannte Exemplare sich nun im Besitz Hartmanns gefunden haben. Zwei Stimmen sind noch im ursprünglichen Format vorhanden; die übrigen sind später ohne Textverlust auf das Format normaler Folianten beschnitten und mit anderen Noten zusammen an einen Band der Nikolai-Bibliothek angebundet worden. Ein Umschlagblatt, auf dem sich eine Widmung an den König befunden haben dürfte, ist möglicherweise noch in einem Rest vorhanden, aber das dürfte nur das zweite Blatt gewesen sein, während das erste, auf dem auch am ehesten eine Auskunft über die Identität des "berühmten Musikers" zu erwarten wäre, gänzlich verloren ist. Kongsted vermutet den Komponisten der Kronborg-Motetten in Orlando di Lasso, aber selbst wenn sich diese Zuschreibung nicht erhärten lassen sollte, so scheint es doch für die Fachleute außer Zweifel zu stehen, daß es sich um das

Werk eines Komponisten ersten Ranges handelt.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Königliche Bibliothek Königin Margrethe zu ihrem Geburtstag einen großformatigen Band verehrt hat, der die Kronborg-Motetten im Faksimile und in moderner Chorpartitur sowie ein umfangreiches Nachwort von Kongsted enthält, das über ihre Entstehung, Überlieferung und Wiederentdeckung berichtet; dieses ist zudem vom führenden Typographen Dänemarks, Poul Kristensen in Herning, in einer eigens für ihn entworfenen sehr noblen Schrift von klassischem Renaissance-Charakter gedruckt. Um die Verbreitung dieser Ausgabe und damit auch der Kenntnis von der Bedeutung des Flensburger Notenfonds zu fördern, wird gegenwärtig mit Unterstützung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein ein Beiheft vorbereitet, das Kongsteds Nachwort (unter Einschluß inzwischen neu hinzugekommener Erkenntnisse) in deutscher Übersetzung enthält. Es soll anläßlich des zweiten Konzerts der Capella Hafniensis am 25. Mai 1991 in Flensburg präsentiert werden, bei dem dann auch die Kronborg-Motetten zu hören sein werden.

Städtisches Museum Flensburg, 9. Dezember 1990 - 27. Januar 1991. Der zweisprachige Katalog (80 S., 16 Abbildungen) kostet 12,- DM. Das Eröffnungskonzert in der Schloßkirche von Frederiksborg ist auf einer Langspielplatte und einer CD dokumentiert: Royal Music from the courts of Kings Frederik II & Christian IV, da capo: DCLP 9020 und DCCD 9020.

Gleichstellung im Schulgesetz verankert

Flensburg. Bei seiner Jahrestagung am Dienstag in Husum (Kreis Nordfriesland) hat der Dänische Schulverein für Südschleswig das am 1. August in Kraft getretene neue schleswig-holsteinische Schulgesetz in einem für das dänische Schulwesen wichtigen Punkt begrüßt. Zum ersten Mal seit 1920 sind in dem Gesetz feste Bestimmungen über die Zuschüsse des Landes an das Schulwesen der Minderheit verankert. Das Gesetz sagt u.a.: „Für Schulen der dänischen Minderheit wird unabhängig vom Bedarf der Zuschuß in Höhe von 100 Prozent des Betrages gewährt, der im Landesdurchschnitt für eine Schülerin oder einen Schüler einer vergleichbaren öffentlichen Schule im Vorjahr aufgewendet wurde, zuzüglich des Durchschnittsbetrages der Kosten für nicht-schulpflichtige Kinder in Vorschulklassen.“

Über die Verpflichtung des Landes, Baukostenzuschüsse für Schulbauvorhaben der Minderheit zu leisten, heißt es im Gesetz: „Über die Zuschüsse zu den Sach- und Personalkosten hinaus können Zuschüsse zu den Bauinvestitionen gewährt werden.“ Auch diese Bestimmung ist neu.

Die Gleichstellung der dänischen Schüler mit den Schülern der öffentlichen Schulen hinsichtlich des Landeszuschusses gibt es seit 1985. Ursprünglich betrug der Landeszuschuß nur 85 Prozent der Leistungen für Schüler in öffentlichen Schulen. Er wurde jedoch in den Jahren 1982 bis 1985 auf das jetzige Niveau angehoben.

Südschleswigscher Pressedienst, 25.9.90

Gesellschaftlicher Einfluß oder selbstgewählte Isolation

Diskussion in der dänischen Minderheit über ihre künftige eigene Rolle

Flensburg. Eine stärkere Rolle als „Aktivfaktor“ und ein Aufräumen mit alten Vorurteilen gegenüber der deutschen Seite hat Archäologe Dr. Ole Harck, Eckernförde, von der dänischen Minderheit gefordert. Für die dänischen Südschleswiger gehe es um gesellschaftlichen Einfluß oder um selbstgewählte Isolation, stellte Harck auf einer Geschäftsausschußsitzung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) in Flensburg die beiden Alternativen gegenüber.

Zum Überbordwerfen alter Vorurteile gehöre, so Harck, „daß wir – auch offiziell – die deutsche Flagge, das Schleswig-Holstein-Lied und den Volkstrauertag akzeptieren müssen“. Harck: „Wir müssen uns zu unserer Situation als Bürger dieses Landes direkter als bisher bekennen. Für jeden muß klar sein, daß eine

Wiedervereinigung mit Dänemark nicht länger möglich ist!“

Angehörige der dänischen Minderheit seien statistisch in höheren Stellungen des deutschen öffentlichen Dienstes unterrepräsentiert, sagte Harck und bezog sich damit auf ein von ihm kürzlich vorgelegtes Arbeitspapier zur politischen Lage der dänischen Minderheit. „Ich träume davon“, so Harck, „daß ein dänischer Südschleswiger als Rektor der Pädagogischen Hochschule Vorsitzender des Flensburger „Borgerforeningen“ ist, daß ein früherer Duborg-Schüler Leiter der Polizeidirektion Nord sein und gleichzeitig Fußball im DGF spielen kann“.

Ihm gehe es um ein „Miteinander“, sagte Harck. Werde der Begriff Gleichberechtigung als Miteinander definiert, dann sei der Weg noch weit. Sei man hingegen mit deutschen Zuschüssen an dänische Minderheiteneinrichtungen zufrieden „dann haben wir seit 1955 viel erreicht“.

„Es wurde aber versäumt, die Rechte des Minderheitenindividuums in bezug auf das deutsche Grundgesetz zu sichern“, bemängelte Harck. Es gehe um die „statistische Diskriminierung“ der Minderheitenmitglieder in der deutschen Gesellschaft.

Als Alternative zur Mitwirkung in der deutschen Gesellschaft gebe es nur ein „Ghetto-Dasein“, wie es heute mehr oder minder existiere, warnte Harck. Ein Selbst- abkapseln bedeute jedoch auf lange Sicht eine gesellschaftliche Herabminderung der dänischen Minderheit.

Die dänische Minderheit passe ihre eigene, kleine Gesellschaft zu wenig an die deutsche Umwelt an, stellte Harck fest. Die dänischen Südschleswiger vergäßen im Alltag oft, daß sie deutsche Staatsbürger seien; und sie wüßten zu wenig über gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen. „Aufgabe muß es daher sein festzustellen, wie die dänischen Organisationen sich öffnen können, ohne ihre Besonderheit und ihre Identität zu verlieren.“

„Wir müssen uns einmischen und Mitverantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen übernehmen“, meinte SSW Landtagsabgeordneter Karl Otto Meyer, Schafflund, in einer nachfolgenden Diskussion. „Was haben wir selbst getan, daß sich unsere jungen Leute um höhere öffentliche Stellungen bewerben?“ Ministerpräsident Björn Engholm habe ihn um eine Liste mit Personennamen gebeten, die nach Meinung der Minderheit bei der Besetzung solcher Stellen in Betracht kommen könnten. „Aber ich bekomme keine Namen“, beklagte sich Meyer. „Wir müssen uns da selbst an die Brust fassen.“

„Wir stehen in einem täglichen Dialog mit der deutschen Gesellschaft“, meinte SSW-Kreisvorsitzender Georg Lesch, Neukirchen/Nordfriesland. „Auch wo nur ein einziger SSW-Vertreter im Gemeinderat sitzt, haben wir viel erreicht.“

„Wir haben zur deutschen Gesellschaft ein wesentlich verbessertes Verhältnis bekommen“, unterstrich SSW-Stadtverordneter Hans Jörg Petersen, Eckernförde, während SSV-Stadtsekretär Manfred von Domarus, Flensburg, feststellte, daß

sich die dänischen Jahrestreffen öffnen, viele Deutsche dänische Kunstausstellungen besuchen und die jüngste Aktion „Operation Dygsværk“ auch eine deutsche Beteiligung verzeichnete.

Nordschleswiger, 13.11.90

Dänische Volksgruppe gegen Ghettodasein

Flensburg. Die dänische Volksgruppe im Landesteil Schleswig kann sich unter keinen Umständen ein Ghettodasein leisten. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, daß wir uns nicht immer den Herausforderungen stellen, die mit unserer Stellung als „offene“ Minderheit innerhalb der deutschen Gesellschaft verbunden sind.

Dies sagte Heinrich Schultz, Vorsitzender des „Sydslesvigs Forening“ – die kulturelle Dachorganisation der Volksgruppe – am Sonnabend in Husum.

Bei der Landesversammlung seiner Organisation kommentierte er eine Diskussionsgrundlage über die Zukunftsperspektive der Volksgruppe, die von Dr. Ole Harck aus Eckernförde erarbeitet wurde. Heinrich Schultz sagte, er sei mit Ole Harck darin einig, die Volksgruppe müsse in einem mehr gezielten und direkten Dialog mit den deutschen Nachbarn eintreten. Auch könne er sich der Forderung anschließen, die Volksgruppe solle die Möglichkeit haben, Spitzenpositionen in der öffentlichen Verwaltung zu besetzen, was bislang kaum der Fall war. Er wandte sich aber gegen den Vorschlag, für diesen Bereich eine Quotenregelung anzustreben.

Der Vorsitzende machte deutlich, das Miteinander zwischen Dänen und Deutschen in der Grenzregion verlaufe in einem langsameren Tempo als viele es wünschten.

– Nach jahrelangen Diskussionen innerhalb der Volksgruppe über die Teilnahme öffentlicher Vertreter hatten wir im letzten Jahr Ministerpräsident Björn Engholm zu Gast bei unserem Jahrestreffen, und in diesem Jahr war die stellvertretende Ministerpräsidentin Eva Rühmkopf dabei. Die Teilnahme der beiden Repräsentanten hätte sich in keiner Weise negativ für die Veranstaltung ausgewirkt. Im Gegenteil, sagte er.

Heinrich Schultz unterstrich, im letzten Jahr seien gute Fortschritte in der dänisch-deutschen Zusammenarbeit im Grenzland erzielt worden. Als Beispiele nannte er seine Teilnahme bei der 40 Jahr-Feier des „Grenzfriedensbundes“ in Flensburg samt dem Besuch der Landtagspräsidentin und mehrerer schleswig-holsteinischer Minister bei der Volksgruppe. Mit dem Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig“ habe er für die nächste Zukunft ein Gespräch über die Situation im Grenzland vereinbart.

In seinen weiteren Ausführungen brachte der Vorsitzende seine Freude über die

in der neuen schleswig-holsteinischen Landesverfassung erreichte finanzielle Gleichstellung der dänischen und friesischen Volksgruppe zum Ausdruck. Jedoch glaube er nicht, die Zuschüsse der Kreise und Gemeinden für dänische Aktivitäten würden gleich von heute auf morgen erhöht werden. Der Artikel 5 in der Landesverfassung sei aber ein sehr gutes Argument für die bevorstehenden Verhandlungen mit kommunalen Vertretern der deutschen Parteien.

Heinrich Schultz machte darauf aufmerksam, die drei Volksgruppen in Deutschland – Dänen, Friesen und Sorben – strebten eine Berücksichtigung der Minderheitenrechte bei der anstehenden Grundgesetzänderung an. In erster Linie gelte es, die Rechte der Sorben in Ostdeutschland zu sichern, um eine Weiterführung der finanziellen Hilfen, die früher vom DDR-Staat kamen, zu erreichen.

Der Vorsitzende wandte sich gegen Äußerungen verschiedener Politiker, die die Situation der beiden Minderheiten im dänisch-deutschen Grenzland als „ein leuchtendes Beispiel“ für die Behandlung anderer europäischer Minderheiten bezeichnet hätten.

Heinrich Schultz erklärte, er wünsche von Herzen den anderen Minderheiten ähnlich gute Arbeitsbedingungen wie es die dänische und deutsche Minderheit erreicht hätten. Dies könne aber nicht von heute auf morgen geschehen. Für die beiden Minderheiten an der deutsch-dänischen Grenze sei das Erreichte das Resultat einer 70-jährigen Entwicklung, betonte er.

Südschleswiger Pressedienst, 25.10.90

Deutsche Volksgruppe 70 Jahre alt

Bund deutscher Nordschleswiger veranstaltete vom 3. bis 5. November den Deutschen Tag 1990

Apenrade. „70 Jahre deutsche Volksgruppe – die Zukunft gewinnen“ – unter diesem Motto veranstaltete der Bund deutscher Nordschleswiger (BdN), Hauptorganisation der deutschen Minderheit in Dänemark, von Freitag, 2., bis Sonntag, 4. November, seinen alljährlichen Deutschen Tag. Er stand erstmals im Zeichen des vereinigten Deutschlands, indem das Mecklenburger Folkloreensemble „Richard Wossidlow“ aus Rostock während der Festveranstaltung am Sonnabend, 3. November, 14 Uhr, in der deutschen Sporthalle in Tingleff auftrat.

Als Vertreter dreier Generationen sprachen BdN-Ehrenvorsitzender Harro Marquardsen, Lögumkloster, BdN-Hauptvorsitzender Gerhard Schmidt, Gravenstein, sowie Landwirt Jes Jepsen, Uk (bei Tingleff), als Vorsitzender des Technischen Ausschusses der Schleswigschen Partei (SP) während der Festveranstaltung zum Motto des Deutschen Tages. Grußworte überbrachten

Botschafter Rüdiger von Pachelbel, Kopenhagen, Staatssekretär Dr. Walter Priesnitz, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn, Wirtschaftsminister Dr. Franz Froschmaier, Kiel, sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Gert Börnsen, Kiel. An der musischen Ausgestaltung beteiligten sich neben dem mecklenburgischen Folkloreensemble auch der Polizeichor Kiel, die Jagdhornbläsergruppe Wernigerode sowie die Blaskapelle des Deutschen Jugendverbandes für Nordschleswig, Apenrade.

Alles in allem bot der Deutsche Tag 1990 elf Veranstaltungen kulturellen, politischen und unterhaltsamen Charakters, von denen die Ausstellung „Kontraste – 70 Jahre deutsche Volksgruppe in Nordschleswig“ einen Spiegel der Minderheiten- und Grenzlandentwicklung der letzten Jahrzehnte vermittelte. Ihre Eröffnung fand am Sonntag, 4. November, in der Deutschen Büchereizentrale in Apenrade statt.

Pressedienst Mordschleswig, 30.10.90

Ministerpräsident Engholm: Grenzverbände müssen wie das Land mit weniger verfügbarer Masse wachsenden Verpflichtungen nachkommen

Die im deutsch-dänischen Grenzraum gefundene Regelung mit der Zweiströmigkeit der Kulturen ist eine Bereicherung für die Bevölkerung. Dieser europäische Modellfall könne Hinweise für Lösungen gleichartiger oder ähnlicher Fragen in anderen Nachbarregionen geben, stellte Ministerpräsident Engholm bei dem Gespräch mit den deutschen Grenzverbänden (Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, Deutscher Grenzverein, Grenzfriedensbund, Schleswig-Holsteinischer Heimatbund) am 14. November 1990 fest.

Die wachsenden Verpflichtungen im sozialen und kulturellen Bereich vor dem Hintergrund weniger werdender finanzieller Mittel standen im Mittelpunkt des Gespräches, an dem auch mehrere Staatssekretäre teilnahmen. Allgemeine Sorgen bereiten den Grenzverbänden der Preis- und Lohnanstieg mit den damit verbundenen Personalkostensteigerungen.

Das Spitzengespräch verlief in einer offenen vertrauensvollen Atmosphäre, die den Verbänden die Möglichkeit gab, ihre Sorgen und Wünsche umfassend vorzutragen. Ministerpräsident Engholm begrüßte diese Gelegenheit des Gedankenaustausches und stellte fest, daß Möglichkeiten für Weichenstellungen gefunden werden müssten. Er machte auch auf die finanziellen Verpflichtungen des Landes Schleswig-Holstein, die sich aus der deutschen Vereinigung ergeben, aufmerksam.

Niemand denke daran, Einrichtungen zu schließen oder auf wesentliche Aufgaben zu verzichten, doch müssten auch gewachsene Strukturen kritisch beleuchtet

werden. Die Verbände werden in den nächsten Wochen zu ihrer Arbeit und finanziellen wie personellen Ausstattung Gespräche mit den zuständigen Ministerien führen.

*Pressestelle der Landesregierung
Schleswig-Holstein, 14.11.90*

SSV begrüßt Hamer-Idee eines Minderheitensekretariats in Berlin

Vor Einklagen einer Quotenregelung für Stellen im öffentlichen Dienst gewarnt Husum. Der Südschleswigsche Verein (SSV) begrüßt die Idee des schleswig-holsteinischen Grenzlandbeauftragten Kurt Hamer (SPD), ein Minderheitensekretariat in Berlin einzurichten, ebenso wie mögliche ähnliche Pläne in Nordschleswig. „Es ist aber wichtig, dabei auf die betroffenen Minderheiten Rücksicht zu nehmen“, erklärte SSV-Landesvorsitzender Heinrich Schultz, Garding, am Wochenende auf der SSV-Landesversammlung in Husum. Schultz bezeichnete die deutsche Einigung als „erfreulich“. Sie habe zur „Entdeckung“ der sorbischen Minderheit in der früheren DDR geführt. Der SSV werde seine Zusammenarbeit mit den Sorben fortsetzen, betonte Schultz und vermerkte in diesem Zusammenhang, daß die Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland „viel weiter fortgeschritten ist als wir selbst bemerken oder zu bemerken wünschen“. Schultz warnte zugleich vor dem Einklagen einer sog. Quotenregelung zur Besetzung von Spitzenposten im öffentlichen Dienst mit Angehörigen der dänischen Minderheit, wie dies in einem Positionspapier von Dr. Ole Harck, Eckernförde, zum Ausdruck gekommen sei. Es komme statt dessen darauf an, „den Dialog mit unseren deutschen Nachbarn auszubauen“. Die Minderheit müsse offen sein; ein Ghettodasein könne sie sich nicht leisten. Den Vorschlag des SSV-Pressesausschusses für eine Lobbytätigkeit für die Minderheit in Kopenhagen und Bonn oder Berlin werde man weiter verfolgen.

Die Chancen, durch Verhandlungen mit Kreisen und Kommunen höhere Zuschüsse zu erreichen, hätten sich vor dem Hintergrund des Artikels 5 der neuen schleswig-holsteinischen Landesverfassung verbessert, sagte Schultz. Auch die Landeszuschüsse zugunsten der Friesen hätten sich erfreulich entwickelt.

An weiteren künftigen Projekten nannte Schultz „Chancen“ zur Errichtung einer dänischen Abteilung in der kommunalen Musikschule in Flensburg. Der Unterricht solle auf Dänisch und in minderheiteneigenen Räumen erfolgen. Der Sechs-Mann-Ausschuß beim dänischen Unterrichtsministerium habe inzwischen 100.000 DM für ein geplantes Versammlungshaus und eine Kirche in Harrislee bewilligt, der dänische Grenzverein 125.000 Kronen für ein Vereinshaus in Eckernförde.

Die Landesversammlung nahm schließlich neue SSV-Satzungen zum 1. Januar 1991 an, nach denen die SSV-Landesversammlung im Oktober oder November

einen fünfköpfigen Geschäftsausschuß sowie die Vorsitzenden der drei festen SSV-Ausschüsse wählen wird. Alle zusammen bilden den künftigen SSV-Hauptvorstand.

Nordschleswiger, 30.10.90

Zentrum für die europäischen Minderheiten im Grenzland

Grenzlandbeauftragter Kurt Hamer will bei Engholm und Philipsen initiativ werden
Finanzielle Förderung für europäisches Zentrum durch EG und auch durch Europarat

Von S. Matlok

Nortorf. Der Grenzlandbeauftragte der schleswig-holsteinischen Landesregierung für Fragen der Minderheiten, Kurt Hamer, Nortorf, hat in einem Interview mit dem NORDSCHLESWIGER eine baldige Initiative bei Ministerpräsident Engholm und bei Amtsbürgermeister Kresten Philipsen zur Schaffung eines „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen“ angekündigt, das im deutsch-dänischen Grenzland plaziert werden soll.

Hamer schlug vor, eine internationale Expertenkommission zu beauftragen, die Arbeitsgrundlagen für ein solches Zentrum zu erstellen. Nach seinen Vorstellungen handelt es sich um ein grenzüberschreitendes Projekt, das von der EG und möglicherweise auch vom Europarat finanziell unterstützt werden sollte. Die entscheidenden Weichenstellungen müssen in Kiel und bei der nordschleswigschen Amtskommune vorgenommen werden. Kopenhagen, Bonn und Kiel sollten dieses Zentrum dann durch Grundsatzentscheidungen politisch absichern, betonte Hamer im Gespräch mit dem NORDSCHLESWIGER, das im vollen Wortlaut auf der Nordschleswig-Seite zu lesen ist.

Der frühere Landtags-Vizepräsident der SPD hat nach seinen Angaben bereits erste Gespräche mit deutschen und dänischen Persönlichkeiten aus dem Grenzland über die Verwirklichung eines solchen Projekts geführt. „Von dieser Region gehen beispielhafte Impulse der Versöhnung und der friedlichen Nachbarschaft aus“, begründete Hamer seinen Vorschlag, den Sitz eines solchen europäischen Minderheitenzentrums im deutsch-dänischen Grenzland anzusiedeln. Auf einen möglichen Standort will sich Kurt Hamer jedoch noch nicht festlegen.

Nordschleswiger, 3.11.90

Minderheiten-Institut in Apenrade?

Deutsche Volksgruppe begrüßt Vorstoß des Grenzland-Beauftragten

Tingleff. Im deutsch-dänischen Grenzland soll ein „Europäisches Zentrum für

Minderheitenfragen“ errichtet werden. Das hat der Grenzland-Beauftragte der schleswig-holsteinischen Landesregierung, Kurt Hamer, vorgeschlagen. Hamer will dafür einen Vorstoß bei Ministerpräsident Engholm und Amtsbürgermeister Philipsen (Nordschleswig) unternehmen. Das Zentrum soll mit EG-Unterstützung gesamteuropäisch Minderheitenfragen erforschen, Minderheiten-Dokumentation betreiben und zu Konfliktlösungen beitragen.

Gute Chancen, Standort für dieses Zentrum zu werden, hat Apenrade. Für Apenrade als Sitz plädierte am Wochenende der Leiter des Kopenhagener Sekretariats des Bundes deutscher Nordschleswiger, Siegfried Matlok. Auf dem 42. „Deutschen Tag“ der Minderheit in Tingleff verwies er zur Begründung darauf, daß dort bereits das Grenzforschungsinstitut vorhanden ist, das Grundlage für die von Hamer angeregte Institution sein könne.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Börnsen, begrüßte die Vorschläge Hamers und Matloks. Er könne sich einen Standort Apenrade gut vorstellen, wenn ein solcher Vorschlag auf dänischer Seite nicht mißverstanden werde. Der frühere Kieler Staatssekretär Pötzsch-Heffter, der im Namen der deutschen Grenzverbände den Hamer-Vorstoß begrüßte, signalisierte gegenüber unserer Zeitung ebenfalls Unterstützung für Apenrade. Wenn ein solcher Vorschlag vom Bund deutscher Nordschleswiger komme, könne an einer solchen wesentlichen Stellungnahme nicht vorbeigegangen werden.

Thema beim „Deutschen Tag“ war auch die deutsche Vereinigung. Dabei wurde deutlich, daß die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig darin neue Perspektiven für ihre Arbeit sieht.

Nordschleswiger, 5.11.90